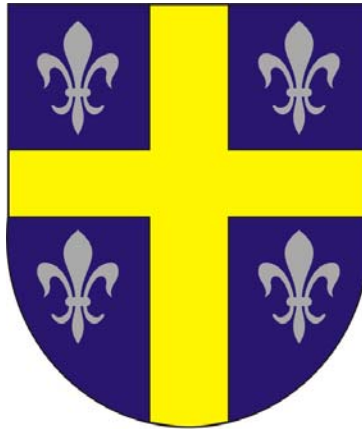


Die St. Wendeler Bürgermeister in preußischer Zeit

von Franz J. Gräff

Sonderausgabe zum 90. Geburtstag des Verfassers
Herausgegeben vom Stadtarchiv St. Wendel



Kreisstadt St. Wendel

Vorwort des Bürgermeisters

Die St. Wendeler Bürgermeister in preußischer Zeit von Franz J. Gräff

Mit diesem Buch von Franz J. Gräff halten wir ein wertvolles Werk der Heimatkunde in den Händen. Anschaulich und lebendig schildert der Autor die von drei preußischen Bürgermeistern geprägte, ereignisreiche Ära von 1834 bis 1920. Er vermittelt einen facettenreichen Einblick in kommunalpolitische Entscheidungen und Entwicklungen, welche die Geschicke unserer Stadt auf dem Weg in die moderne Zeit bestimmt haben.

Selbst Inhaber des Bürgermeisteramtes von 1956 bis 1973 eignet sich Franz J. Gräff aufgrund seines eigenen Erfahrungsschatzes und seiner fachlichen Kompetenz wie kein anderer für die Aufarbeitung dieses historischen Stoffes, der sicherlich viele interessierte Leser finden wird. Mit akribischer Recherche, Liebe zum Detail und Einfühlungsvermögen macht Franz J. Gräff dieses Kapitel der St. Wendeler Stadtgeschichte kommenden Generation in ansprechender Form zugänglich.

Dafür spreche ich ihm meinen Dank und meine Anerkennung aus.

Klaus Bouillon
Bürgermeister

Vorwort des Verfassers

Die Zugehörigkeit St. Wendels zu Preußen begann mit dem Übergang von Sachsen-Coburg-Gotha an Preußen im Jahre 1834.

Als der Friedenvertrag von Versailles am 10. Januar 1920 in Kraft trat und das Saargebiet vom Deutschen Reich abgetrennt wurde, ging nach 86 Jahren auch die Zugehörigkeit St. Wendel zur Rheinprovinz und damit zu Preußen zu Ende.

In dieser langen Zeitspanne von 1834 bis 1920 haben nur drei Bürgermeister in St. Wendel amtiert:

Es waren dies:

Carl Wilhelm **Rechlin**, 34 Jahre,
Carl August Theodor **Müller**, 25 Jahre,
Karl Alfred **Friedrich**, 25 Jahre.

Während die beiden ersten Amtsträger noch in Personalunion Bürgermeister der Stadt St. Wendel und der Landgemeinden waren, wurde mit dem Bürgermeisterwechsel von Müller zu Friedrich im Jahre 1894 die seit 1835 bestehende Verwaltungsgemeinschaft nach Anhörung der Landgemeinden von der Regierung in Trier aufgehoben.

Diese Trennung zwischen Stadt- und Landbürgermeisterei, die bis zur Gebietsreform im Jahre 1974 Bestand hatte, dürfte sich sicher nachteilig für den Raum St. Wendel ausgewirkt haben. St. Wendel, das mit seiner Gemarkung zwischen Oberlinxweiler und Urweiler eingeschnürt war, war besonders seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in seinen Planung stark behindert.

Die Nachfolgenden Berichte über die Tätigkeit der drei Bürgermeister während der Zugehörigkeit zu Preußen sollen zeigen, wie sich unsere Stadt von Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges entwickelt hat.

St. Wendel, den 01. Dezember 2005

(Franz J. Gräff)

Heimatbuch
des Landkreises St. Wendel

XXVII. Ausgabe

Ein Volksbuch
für Heimatkunde,
Naturschutz
und Denkmalpflege

Herausgegeben
vom Landrat des Landkreises St. Wendel

St. Wendels erster preußischer Bürgermeister

Carl Wilhelm Rechlin amtierte von 1835 bis 1868

Von Franz J. Gräff

Vorwort

Nach einer kurzen, nur achtzehn Jahre währenden Zugehörigkeit zum Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha ging das nach dem Wiener Kongress im Jahre 1816 geschaffene und 1819 als Fürstentum Lichtenberg benannte Gebiet mit seiner Hauptstadt St. Wendel auf Grund des Staatsvertrages vom 31. Mai 1834 an das Königreich Preußen über. Die Unruhen, die zu Anfang der dreißiger Jahre nur mit Hilfe preußischer Truppen, die aus Saarlouis herbeieilten, unterdrückt werden konnten, hatten dem Herzog in Coburg den Besitz des so weit entfernt im Westen gelegenen Fürstentums Lichtenberg verleidet. So kam es zur Übertragung von allen „Eigentums- und Hoheitsrechten“ an den preußischen Staat gegen Zahlung einer jährlichen Rente von 80 000 Talern, die 1843 durch eine einmalige Zahlung in Höhe von 2 100 000 Talern abgelöst wurde.¹

Als am 22. September 1834 der Oberpräsident der Rheinprovinz in Koblenz, von Bodenschwingh-Velmede, im Auftrag Königs Friedrich Wilhelm III. in St. Wendel die Erbhuldigung entgegennahm, sollte ein neuer Zeitabschnitt für St. Wendel beginnen. Bereits am 25. März 1835 wurde das bisherige Fürstentum Lichtenberg in den preußischen Landkreis St. Wendel umgewandelt und dem Regierungsbezirk Trier angeschlossen. Diese verwaltungsrechtliche Zuordnung sollte bis nach dem Ende des Ersten Weltkrieges Bestand haben, als aufgrund des Versailler Vertrags im Jahre 1920 das Saargebiet gebildet und der Kreis St. Wendel durch die neue Grenzziehung zweigeteilt wurde.

In dieser langen Zeitspanne von annähernd 84 Jahren lagen die Geschicke der Stadt St. Wendel in den Händen von nur drei Bürgermeistern.

Es waren dies

von 1835 - 1868 Carl Wilhelm Rechlin,
von 1869 - 1893 Carl August Theodor Müller und
von 1894 - 1918 Karl Alfred Friedrich.

Während in der sachsen-coburgischen Zeit die zum Oberbürgermeister aufgewertete Stelle des ersten Repräsentanten der Bürgerschaft am Regierungssitz weitgehend mit Einheimischen, u. a. mit Carl Cetto und Conrad Jochem, besetzt wurden, war es jetzt, wie Max Müller in seinem Heimatbuch schreibt, die Politik der preußischen Regierung, die rheinischen Bürgermeisterstellen, so auch die in St. Wendel, vielfach ehemaligen Offizieren aus den östlichen Landesteilen anzuvertrauen.

Carl Wilhelm Rechlin

Als Preußen mit der Erbhuldigung im September 1834 auch die Verwaltungshoheit in St. Wendel übernahm, blieb zunächst noch der 1833 von der herzoglich-sächsischen Regierung berufene Oberbürgermeister, der Advokat Johann Samuel Stephan, im Amt. Er hatte noch in einer außerordentlichen Sitzung des Stadtrats am 7. September 1834 vergeblich versucht, mit einer Eingabe an den König den mit dem Anschluss des Fürstentums an Preußen zu erwartenden Verlust an Landesbehörden, wie Regierung und Landesgericht, zu mildern. Nachdem durch Kabinettsorder vom 25. März 1835 der neue preußische Kreis St. Wendel gebildet und Regierungsrat Erasmus Theodor Engelmann mit der Leitung betraut worden war, sollte es nur noch wenige Monate dauern, bis eine Neubesetzung der St. Wendeler Bürgermeisterstelle erfolgte.

Durch Reskript (Verfügung) der Königlichen Regierung in Trier vom 27. Juni 1835 wurde der bisherige Bürgermeister der kleinen Eifel-Landbürgermeisterei Rommersheim-Wallersheim-Olzheim, Carl Wilhelm Rechlin, mit der Verwaltung der neugebildeten Bürgermeisterei St. Wendel beauftragt. Daraufhin forderte Landrat Engelmann am 20. August 1835 den noch amtierenden Oberbürgermeister Stephan

auf, die Stadträte für den 22. August zu einer Zusammenkunft im Stadthause (heutiges Rathaus) zwecks Amtseinführung des neuen Bürgermeisters Rechlin einzuladen. Da der Regierungspräsident in Trier in der oben erwähnten Verfügung den Zusammenschluss der Stadtbürgermeisterei mit der Landbürgermeisterei angeordnet hatte, wurde gleichzeitig Bürgermeister Conrad von der Landbürgermeisterei St. Wendel aufgefordert, die Schöffen der künftig mit der Stadt zu einer Bürgermeisterei verbundenen Landgemeinden ebenfalls ins Stadthaus zu bescheiden.² Mit der Amtsentbindung des Oberbürgermeisters Stephan und der Amtseinführung von Bürgermeister Rechlin hatte das Königreich Preußen endgültig von der Stadt St. Wendel Besitz ergriffen.

Diesem Hoheitsakt wohnten neben Rechlin und Stephan auch die Mitglieder des St. Wendeler Stadtrats sowie die Ortsschöffen der acht mit St. Wendel zu einer Verwaltungseinheit zusammengeschlossenen Gemeinden Oberlinxweiler, Niederlinxweiler, Remmesweiler, Mainzweiler, Steinbach, Dörrenbach, Wetschhausen und Werschweiler bei.

Der neue Bürgermeister wurde als 5. Kind der Eheleute Georg Friedrich Rechlin, von Beruf Schneider, und seiner Ehefrau Katharina Sophia Grecken am 1. Juli 1799 in der Hansestadt Stralsund geboren.³ In seiner Heimatstadt hatte er, wie in der Geschichte des 2. Kürassier-Regiments zu lesen ist, nach dem Schulbesuch „Handlung“, also Kaufmann, gelernt. Im Oktober 1819 trat er als Freiwilliger in das Pasewalker Kürassier-Regiment ein, von dem er 1824 als Fähnrich zum 30. Infanterie-Regiment, das damals in Trier in Garnison lag, versetzt wurde.

Nachdem er im September 1833 als Leutnant aus dem Militärdienst verabschiedet worden war, wurde er nach einer kurzen Beschäftigungszeit bei der Regierung in Trier am 12. April 1834, wie schon erwähnt, zum Bürgermeister der Gemeinden Rommersheim, Wallersheim und Olzheim, die heute zur Verbandsgemeinde Prüm gehören, bestellt. Dort sollte er nur wenig länger als ein Jahr bleiben, ehe er im Alter von 36 Jahren nach St. Wendel berufen wurde.

Wenngleich ihm auch nicht der Titel „Oberbürgermeister“ zugebilligt wurde, so hatte sich sein Zuständigkeitsbereich mit dem Zusammenschluss der beiden Bürgermeistereien von St. Wendel-Stadt und St. Wendel-Land gegenüber der Coburger Zeit doch mehr als verdoppelt.⁴

Vor der Amtseinführung durch Landrat Engelmann wurde Rechlin zunächst den versammelten Mitgliedern des Schöffenrats vorgestellt. Bei der Installation in sein neues Amt wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß es ihm gelingen werde, recht bald das Vertrauen und das Wohlwollen der Eingesessenen seines Verwaltungsbereichs zu erwerben und die Erwartungen der höheren Behörde durch eine tüchtige Amtsführung in jeder Hinsicht zu erfüllen.⁵ Für den jungen, aus Pommern stammenden, evangelischen ehemaligen preußischen Offizier sollte eine lange, mehr als 33 Jahre dauernde Bürgermeistertätigkeit beginnen. Nachdem Rechlin schon 15 Jahre im Amt war, erfolgte im Jahre 1850, nach der Einführung der Gemeindeordnung vom 11. März 1850, seine erste Wahl durch die nach dem damals geltenden Drei-Klassen-Wahlrecht gewählte Stadtverordneten-Versammlung. Die Wahl, die für die Dauer von 12 Jahren vorgenommen wurde, wurde am 8. November 1850 durch die Preußische Regierung in Trier bestätigt. Der Wahlvorgang wurde nicht in das Protokollbuch eingetragen. Am 25. November 1862 erfolgte dann seine einstimmige Wiederwahl für weitere 12 Jahre. Diese Bürgermeisterwahl erfolgte nach den Bestimmungen der Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856, die mittels Allerhöchster Order vom 19. April 1858 St. Wendel verliehen worden war.

Die Rechlin bis zum Jahre 1874 zugebilligte Amtszeit sollte er jedoch nur bis zur Hälfte ausfüllen, da er am 1. November 1868 im Alter von 69 Jahren pensioniert wurde. Die vorhandenen Unterlagen, wie die vielfachen Erwähnungen in Max Müllers „Geschichte der Stadt St. Wendel“, wie die vom Jahre 1846 an vorliegenden Protokollbücher über die Sitzungen des Stadtrats bzw. der Stadtverordneten-Versammlung und schließlich die in der Nahe-Blies-Zeitung

veröffentlichten Berichte geben Zeugnis von dem Bemühen Rechlin's, die bei seiner Amtseinführung ausgesprochenen Erwartungen zu erfüllen.

Ein hohes Lob spricht Max Müller ihm aus, wenn er schreibt:

„Wenn trotz dieser Abneigung (der St. Wendeler gegenüber Preußen) wenigstens korrekte äußere Beziehungen zwischen der Bürgerschaft und dem Preußentume bestanden, so war das hauptsächlich das Verdienst zweier ausgezeichneten Männer und tüchtiger Beamten, des Landrats Engelmann und des Bürgermeisters Rechlin. Gerade jener, ein Pommer und ehemaliger Pasewalker Kürassieroffizier, lebte jahrzehntelang mit seinen Bürgern im besten Verhältnisse.“⁶

In Rechlin's langer Amtszeit waren viele Ereignisse zu verzeichnen, die für die Entwicklung St. Wendels von großer Bedeutung waren. Wenn man von den überregionalen Demokratiebestrebungen der Jahre 1848/49, die auch an unserer Heimat nicht spurlos vorbeigegangen sind, absieht, (Bürgermeister Rechlin stand ihnen - im Gegensatz zu Landrat Engelmann - aufgrund seiner konservativen Haltung ablehnend gegenüber) so sollte man zum ersten die schon erwähnte im Jahre 1858 erfolgte Verleihung der Städteordnung der Rheinprovinz vom 15. Mai 1856; zum zweiten die durch Erlass vom 3. Januar 1859 angeordnete Einverleibung der Gemeinde Alsfassen-Breiten in den Verband der Stadt St. Wendel zum 1. Januar 1860 und zum dritten die Eröffnung der Rhein-Nahe-Bahn am 25. Mai 1860 als Ereignisse von herausragender Bedeutung besonders hervorheben.

Verleihung der Städteordnung

Während für die Städte von mehr als 10 000 Einwohnern die Rheinische Städteordnung automatisch zur Anwendung kam, konnte sie an die *„auf dem Rheinischen Provinzial-Landtage im Stande der Städte vertretenen Gemeinden der Rheinprovinz auf ihren Antrag verliehen werden“*.⁷ Von diesem Recht machte die Stadt Gebrauch. In mehreren Sitzungen beriet die Stadt-verordneten-Versammlung über den zu stellenden Antrag. Dabei wurde Bedacht darauf genommen, daß die Stadt

zwar mit der Übernahme der Städteordnung aus dem Verband der bisherigen gemeinsamen Bürgermeisterei St. Wendel ausscheiden und damit eine Trennung in „Stadtbürgermeisterei St. Wendel“ und in „Landbürgermeisterei St. Wendel“ erfolgen müsse, der Bürgermeister und die angestellten Beamten jedoch weiterhin für beide Bürgermeistereien zuständig sein sollten.

Wenn Landrat Rumschöttel in seinem Verwaltungsbericht vom Jahre 1861 ausdrücklich von einer „Verleihung“ mittels allerhöchster Order spricht, so dürfte mit dem königlichen Verwaltungsakt auch mehr Kompetenz und vor allem aber größeres Prestige verbunden gewesen sein. Die Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 verlieh - anders als die Gemeindeordnung - den Städten gegenüber den Landgemeinden eine besondere Rechtsqualität.⁸ Schließlich muß dieser Verleihungsakt vom 19. April 1858 auch als nochmalige Bestätigung der im Jahre 1332 mittels Sammelprivileg erfolgten Stadtrechtsverleihung angesehen werden.

Der wichtige § 8 dieser Städteordnung lautet: „*Die Gemeinden sind Korporationen; denselben steht die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes zu*“. Hier handelt es sich fürwahr um eine Bestimmung, die von dem Geist des großen Reformers, des Freiherrn vom Stein, geprägt war.

Auch ist zu erwähnen, daß die Stadt-verordneten-Versammlung schon am 4. Dezember 1846 beschloß, die Sitzungen öffentlich abzuhalten. Die Bekanntmachung sollte im Wochenblatt für die Kreise St. Wendel und Ottweiler oder auf andere ortsübliche Weise erfolgen, damit außer den Stadtverordneten auch andere den Sitzungen beiwohnen konnten. Das war ein Verfahren, wie es auch heute in der Gemeindeordnung vorgeschrieben ist.

Zusammenschluss St. Wendels mit Alsfassen-Breiten

Von noch größerer Bedeutung für die Entwicklung der Stadt St. Wendel dürfte die mit Allerhöchstem Erlass vom 3. Januar 1859 erfolgte „Einverleibung“, also der Zusammenschluss der Stadt mit der Gemeinde Alsfassen-Breiten, die am 1. Januar 1860 wirksam wurde, gewesen sein. Mit der Verleihung der Städteordnung wäre eine Trennung des bisher gemeinschaftlichen Bannes mit Alsfassen-Breiten erforderlich geworden. Da diese Trennung mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen wäre und für beide Gemeinwesen große Nachteile gebracht hätte, kam man nach längeren Verhandlungen zu der Überzeugung, daß eine Eingemeindung von Alsfassen-Breiten die beste Lösung sei. Über die Verschmelzung wurde verschiedentlich in gemeinsamen, wie auch in getrennten Sitzungen beraten.

Schließlich wurde am 2. Oktober 1858 einstimmig beschlossen, „die Verschmelzung der Gemeinden St. Wendel, Alsfassen-Breiten zu einer Stadtgemeinde St. Wendel“ zu beantragen.⁹ Diesem Antrag wurde dann mit Kabinettsorder vom 3. Januar 1859 stattgegeben.¹⁰ Mit dem Zusammenschluss hatte die Stadt St. Wendel eine Gemarkungsgröße von 1352 ha erreicht, die für die zukünftige Entwicklung von großer Wichtigkeit sein sollte. Diese trotz des Zusammenschlusses noch nicht ausreichende Gemarkungsgröße blieb bis zur Gebietsreform am 1. Januar 1974 unverändert bestehen.

Fortan setzte sich die Stadtverordneten-Versammlung (unter dem Vorsitz des Bürgermeisters) aus 18 Mitgliedern zusammen, die von den in drei Abteilungen eingeteilten stimmbfähigen 338 Bürgern auf die Dauer von sechs Jahren gewählt wurden; davon waren zwölf aus dem alten Stadtgebiet St. Wendel, während sechs auf den neuen Stadtteil Alsfassen-Breiten entfielen.¹¹ Die sechs nach dem Dreiklassenwahlrecht neugewählten Stadtverordneten waren:

Jakob Altmeyer, der vorherige Gemeindevorsteher,
Jakob Wagner von Breiten,
Wendel Schmidt von Alsfassen,
Philipp Ost von Alsfassen,
Peter Klees von Breiten und
Michel Riefer von Alsfassen.

Aus Anlaß des vor hundert Jahren unter Bürgermeister Rechlin erfolgten Zusammenschlusses der Gemeinden St. Wendel (2 733 Einwohner) und Alsfassen-Breiten (745 Einwohner) hatte Bürgermeister Franz Gräff die Mitglieder des Stadtrates zu einer Festsitzung am 2. Juni 1959 in den Saal des Gasthauses Schmitt in Alsfassen eingeladen, um vor dem Stadtrat und den zahlreichen Zuhörern auf die Wichtigkeit der Vereinigung der beiden Gemeinwesen für die weitere Entwicklung St. Wendels hinzuweisen.

Während Gräff über die kommunalpolitische Bedeutung der Eingemeindung referierte, gab der erste Leiter des neugebildeten Kulturamtes, Hans Klaus Schmitt (der spätere Ehrenbürger unserer Stadt), einen geschichtlichen Rückblick, in dem die enge Verbundenheit von Alsfassen-Breiten mit der Stadt St. Wendel zum Ausdruck kam.

Eröffnung der Rhein-Nahe-Eisenbahn

Max Müller berichtet uns, daß schon im Jahre 1835 der Gedanke aufgetaucht war, das Saarbrücker Kohlegebiet durch den Bau einer Bahnlinie durch die Täler der Blies und der Nahe mit dem Mittelrhein zu verbinden. Die ersten Pläne für den Eisenbahnbau entstanden im Jahre 1839. Obwohl dann die Bahnlinie durch die Pfalz nach Ludwigshafen aus Kostengründen schneller verwirklicht wurde, hat man den Plan zum Bau der Rhein-Nahe-Bahn, also einer zweiten Verbindung zum Rhein über preußisches Gebiet, nicht aufgegeben. Sehr gefördert wurde der Bau der beiden Eisenbahnstrecken durch den preußischen Bergamtsdirektor Leopold Sello. Sello wollte durch die Schaffung neuer Verkehrswege zum Rhein hin den Absatz der

Saarkohle verbessern.

Als dann Ende der vierziger Jahre die Pläne zum Bau der Rhein-Nahe-Eisenbahn wieder aktuell wurden, bildeten sich in den an der Strecke liegenden Städten und Gemeinden Ausschüsse, die sich für eine günstige Linienführung einsetzen sollten. Das St. Wendeler Lokal-Komitee, das zunächst aus Bürgermeister Rechlin und Sanitätsrat Dr. Schwalb bestand, wurde 1855 durch Landrat Rumschöttel und die Stadtverordneten Franz Bruch, Franz Demuth und Dr. Johannes Staub vervollständigt. Dieses Komitee, das den für die künftige Entwicklung unseres Raumes so wichtigen Bahnbau aktiv unterstützen sollte, nahm im November 1855 an der Generalversammlung der Eisenbahngesellschaft in Kreuznach teil. Jetzt sollte es nicht mehr lange dauern, bis am 4. September 1856 durch Kabinettsorder die Genehmigung zum Bau der Nahestrecke erteilt wurde. Trotz der großen geographischen Schwierigkeiten, die sich dem Eisenbahnbau entgegenstellten, konnte in wenigen Jahren die Strecke Bingerbrück-Neunkirchen in drei Etappen verwirklicht werden.

Nachdem im April 1857 mit den Bauarbeiten begonnen worden war, wurde bereits am 15. Juli 1858 das erste Teilstück von Bingerbrück bis Kreuznach in Betrieb genommen. Ungeachtet der großen Schwierigkeiten sollte schon am 15. Dezember 1859 die Eröffnung des zweiten Teilabschnitts von Kreuznach nach Oberstein folgen. Weniger als ein Jahr später wurde dann am 25. Mai 1860 die für unser Gebiet so wichtige dritte Teilstrecke von Oberstein über St. Wendel nach Neunkirchen dem Verkehr übergeben. Damit hatte die Dampflokomotive, die im Jahre 1835 den ersten Eisenbahnzug von Nürnberg nach Fürth brachte, auch unsere Heimat erobert.

In einem-Bericht vom 10. April 1860 schrieb der Landrat: *„Die Rhein-Nahe-Eisenbahn, dieses viel geprüfte Unternehmen, nahet jetzt ihrer Vollendung. Der Kreis wird damit aus seiner Abgeschlossenheit heraustreten und an den Vortheilen eines leichteren Verkehrs Theil nehmen können. Die großen Erwartungen, welche sich an das Zustandekommen dieser Verbindung knüpfen, werden sich hoffentlich als nicht übertrieben erweisen“.*¹²

Bereits durch die beim Bau entstandenen Arbeitsplätze war eine „Verbesserung für die arbeitende Klasse“, heute würde man sagen, für den Arbeitsmarkt, eingetreten. Als es dann noch Dank der geschickten Verhandlungsführung des Bürgermeisters und eines städtischen Zuschusses in Höhe von 3000 Talern gelang, die Werkstätte zur Ausbesserung von Lokomotiven und Eisenbahnwagen nach St. Wendel zu holen, war die feierliche Eröffnung der Rhein-Nahe-Bahn am 25. Mai 1860 ein besonders erfreuliches Ereignis für die Stadt St. Wendel und ihre Bevölkerung.

Auf dem festlich mit Blumen, Girlanden und den preußischen Fahnen geschmückten Bahnhof entbot Bürgermeister Rechlin mit den Mitgliedern des Stadtrates im Beisein vieler Ehrengäste und unter großer Beteiligung der Bevölkerung dem mit dem Sonderzug einlaufenden Prinzregenten, begleitet von mehreren Ministern, den Willkommensgruß der Stadt. Die sich an die Begrüßung anschließenden Gespräche waren so herzlich, daß sich der ursprünglich auf eine Minute begrenzte Aufenthalt auf zehn Minuten ausdehnte.

Die Errichtung der Eisenbahnausbesserungswerkstätte, die Bürgermeister Rechlin gegen die Konkurrenz der Stadt Ottweiler, wo sich selbst Pfarrer Hansen als Mitglied der Preußischen Nationalversammlung vergeblich für seine Stadt eingesetzt hatte, nach St. Wendel holte, wirkt sich bis in die Gegenwart positiv aus. In dem Vertrag wurde festgeschrieben, daß die Eisenbahnwerkstätte auf alle Zeit erhalten bleiben müsse. Heute stellt das Systeminstandsetzungszentrum 860 der Bundeswehr mit seinen über achthundert Arbeitsplätzen als Nachfolgeeinrichtung des Eisenbahnausbesserungswerkes einen der größten Arbeitgeber unserer Stadt dar.

Nach Eröffnung der Bahnlinie sollte sich die Zahl der Eisenbahnbenutzer überaus positiv entwickeln. Die Bahnstation St. Wendel lag schon bald nach der Frequenz an vierter und nach der Höhe der Einnahmen an dritter Stelle der an der Strecke liegenden Bahnhöfe.

Max Müller vermerkt, daß mit dem Bahnbau das viele Jahrhunderte aufgebaute Verkehrswesen „eine grundstürzende Änderung“ erfuhr.

So kann man heute, nach fast einhundertundvierzig Jahren, sagen, daß St. Wendels Anschluß an das europäische Eisenbahnnetz das wichtigste und herausragendste Ereignis war, das sich in der langen Amtszeit des Bürgermeisters Rechlin zugetragen hat.

Hospital-Verwaltungskommission

Mit dem Amt des Bürgermeisters war seit der Französischen Revolution auch das Amt des Präsidenten bzw. des Vorsitzenden der Hospital-Verwaltungskommission, des heutigen Kuratoriums, verbunden. Wenn in dieser seit dem Jahre 1455 bestehenden Wohltätigkeitsanstalt auch die Hospital-Verwaltungskommission meistens unter dem Vorsitz ihres jeweiligen Vizepräsidenten tagte, der somit weitgehend für das Geschehen im Hospital verantwortlich zeichnete, so mußte sich doch immer wieder der Bürgermeister mit den Angelegenheiten des Hospitals befassen.

So war es auch, als in der Mitte des vorigen Jahrhunderts das Zusammenleben der Hospital-Pfründner unbefriedigend war und zu Klagen Anlaß gab. Jetzt beriet auch der Stadtrat unter Vorsitz von Bürgermeister Rechlin über die Vorkommnisse und beauftragte eine aus vier Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung bestehende Kommission mit der Erstellung einer Denkschrift. Nachdem die Stadtverordneten der Denkschrift zugestimmt hatten, nahm der St. Wendeler Arzt Dr. Johannes Staub, der sowohl dem Stadtrat als auch der Hospital-Verwaltungskommission angehörte, mit den seit dem Jahre 1811 in Trier tätigen Schwestern vom hl. Carl Borromäus Verbindung auf, um diese für die Verwaltung des Hospitals und die Betreuung seiner Bewohner zu gewinnen. Mit der am 28. September 1852 abgeschlossenen vertraglichen Vereinbarung mit der Generaloberin in Nancy und der Provinzialoberin in Trier¹³ war ein wichtiger Grundstein für die weitere, überaus positive Entwicklung

gelegt, die die Hospital-Stiftung in einhundertundzwanzig Jahren bis 1972 genommen hat. Damals mußten die Schwestern wegen Personalmangels die Leitung des Hospitals an das Kuratorium zurückgeben. Einmal, es war am 15. März 1853, als die Verantwortung für das Hospital dem Bürgermeister zu entgleiten drohte, richtete Rechlin an den Ordonateur und Secretair der Hospital-Verwaltungskommission die schriftliche Mahnung, den Bürgermeister immer zu den Sitzungen der Kommission einzuladen und ihm die Eingaben an den Landrat zur Unterschrift vorzulegen.¹⁴

Sonstige Aktivitäten

Natürlich wurde auch auf vielen anderen Gebieten für die Stadt Entscheidendes geleistet, wenn auch nicht alle Pläne zum Erfolg führten. Noch ehe der Kreis daran dachte, befaßte sich im Jahre 1851 der Stadtrat mit der Gründung einer städtischen Sparkasse. Der Plan ist leider, wie Max Müller berichtet, an den „finanztechnischen Forderungen einer engbürokratischen Regierung gescheitert“. Erst im Jahre 1859 hat dann der Kreis St. Wendel seine eigene Sparkasse eröffnet.

Erfolgreicher war Rechlin auf vielen anderen Gebieten. Erinnert sei da in erster Linie an die Fortschritte, die auf dem schulischen Sektor gemacht wurden. Wer sich mit der Geschichte der verschiedenen St. Wendeler Schulen befaßt, wird feststellen müssen, daß die Stadt immer der Initiator und in den ersten Jahren auch der Träger der im vorigen wie auch in diesem Jahrhundert bei uns gegründeten Volks-, Berufs- und höheren Schulen gewesen ist.¹⁵

So wurde u. a. auf seine Initiative hin durch Erlaß der Königlichen Regierung in Trier eine höhere Stadtschule eingerichtet, die am 18. April 1836 eröffnet wurde. Einige Jahre später wurde dann - nach gemeinsamer Beratung der Stadtverordneten-Versammlung mit dem Kuratorium der Stadtschule - der Antrag auf Umwandlung in ein Progymnasium gestellt, dem mit Erlass vom 5. September 1854 entsprochen wurde. Schon in den Jahren 1851/52 führte Rechlin Verhandlungen mit der Provinzialverwaltung in Düsseldorf wegen Gründung einer landwirtschaftlichen Lehranstalt, die aber erst unter seinem Nachfolger im Jahre 1869 verwirklicht werden konnte.

Noch im Jahre 1867 erfolgte nach den Plänen des Baumeisters Mußweiler eine bauliche Erweiterung der Schule in Alsfassen. Nachdem 1859 nach Überwindung vieler Schwierigkeiten eine einklassige evangelische Volksschule eingerichtet worden war, schritt die Stadt im Jahre 1868 zum Neubau eines zweiklassigen Schulgebäudes, der im April 1869 eingeweiht wurde. Als der Autor im Jahre 1956 sein Amt als Bürgermeister der Kreisstadt St. Wendel antrat, befanden sich mit Ausnahme der beiden Gymnasien, die schon früher in die Unterhaltslast des Staates übergegangen waren, alle St. Wendeler Schulen in der Unterhaltslast der Stadt. Lediglich die zweiklassige Handelsschule, die der Kaufmännischen Berufsschule angegliedert war, firmierte als Schule des Landkreises. Das hat sich inzwischen gründlich geändert, sind doch heute bis auf die Grundschulen alle anderen Schulen in die Unterhaltslast des Kreises übergegangen.

Rechlin zeigte immer großes Interesse an der heimatkundlichen Geschichte. So trat er dem am 14. Mai 1836 gegründeten „Verein für Erforschung und Sammlung von Alterthümern in den Kreisen St. Wendel und Ottweiler“ bei, dem noch weitere vierundzwanzig Mitglieder aus St. Wendel angehörten.¹⁶ Als am 28. Dezember 1845 von 62 St. Wendeler Einwohnern eine Handelsgesellschaftliche Vereinigung zur Unterstützung des schon 1829 eingerichteten Fruchtmarktes gegründet wurde, bekundete Rechlin seine Unterstützung und schloss ich als Mitglied dieser Aktionsgemeinschaft an.¹⁷

Im Jahre 1855 wurde in unserer Stadt eine Casino-Gesellschaft ins Leben gerufen, deren alleiniger Zweck die gesellige Unterhaltung war. Rechlin gehörte zu den dreiundfünfzig Gründungsmitgliedern. Viele der neuen Mitglieder waren bei der im Bau befindlichen Rhein-Nahe-Eisenbahnlinie tätig.¹⁸

Als Carl Wilhelm Rechlin am 14. Oktober 1872, knapp vier Jahre nach dem Eintritt in den Ruhestand, in St. Wendel verstarb, wurde ihm in der Nahe-Blies-Zeitung vom 24. Oktober ein Nekrolog gewidmet, in dem u.a. zu lesen war:

„Der Verstorbene, wohlwollend gegen Alle, bescheiden und anspruchslos in seinen amtlichen wie gesellschaftlichen Beziehungen, hatte sich die Liebe und Achtung aller gewonnen, die ihn kannten. Der Grundzug seines Charakters war die edelste Menschenliebe. Die Bewohner der Stadt St. Wendel, deren Gemeindeangelegenheiten er über 33 Jahre als Bürgermeister leitete, und welchen er über 37 Jahre als Mitbürger angehörte, werden ihm, sowohl als Beamten, wie als Mitbürger, eine anerkennende und liebevolle Erinnerung noch auf lange Jahre bewahren“.

Wie weiter zu lesen ist, fand die Beerdigungsfeier unter großer Beteiligung der Bürgerschaft aus allen Ständen statt. Ein markantes Grabmal, das von einer großen Urne gekrönt wurde, zierte seine Grabstätte, in der schon seine 1862 verstorbene Ehefrau, Anna Maria geb. Josten, beigesetzt worden war.

Hier fand auch seine im Dezember 1921 verstorbene ledige Tochter Henriette Josephine Rechlin, nachdem ihr durch Stadtratsbeschluss vom 17. Mai 1901 die Grabstätte der Eltern unentgeltlich überlassen worden war, ihre letzte Ruhestätte. Das Ehepaar Rechlin hatte sechs Kinder, von denen zwei schon im Kindesalter verstarben.

Anmerkungen:

- 1) Max Bär: Die Behördenverfassung der Rheinprovinz seit 1815, Bonn 1919, S. 103 ff.
- 2) Stadtarchiv St. Wendel, C1/97.
- 3) Taufregister Jahrgang 1799 der ev. Kirchengemeinde St. Nikolai in Stralsund.
- 4) Amtlicher Verwaltungsbericht des Kreises St. Wendel für die Jahre 1859 - 1861, S. 49. Im Jahre 1861 hatte die Stadt St. Wendel mit Alsfassen-Breiten 3 478 Einwohner, während die acht Landgemeinden 3 598 Einwohner zählten.
- 5) Stadtarchiv St. Wendel, C1/97.
- 6) Max Müller: Die Geschichte der Stadt St. Wendel, 1927, S. 231.
- 7) Preußische Gesetz-Sammlung 1856, S. 405 ff.
- 8) Michael Koelges, Mitteilungen aus den rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven, Nr. 41, Mai 1997.
- 9) Protokollbuch der Stadtverordneten-Versammlung vom Jahre 1858, S. 458.
- 10) Max Müller, (wie Anm. 6), S. 393.
- 11) Amtlicher Verwaltungsbericht, (wie Anm. 4), S. 49 und 324.
- 12) Extra-Beilage zum Wochen-Blatt für die Kreise St. Wendel und Ottweiler vom 17. April 1860.
- 13) Festschrift 525 Jahre Hospital St. Wendel, 1980, S. 82-87.
- 14) Ebd., S. 89-90
- 15) Th. Edelbluth, Geschichte der St. Wendeler Schulen, 1924.
- 16) Erster Bericht des Vereins für Erforschung und Sammlung von Alterthümern in den Kreisen St. Wendel und Ottweiler, Zweibrücken 1838, S. 52.
- 17) Saarbrücker Zeitung, Nr. 284 vom 6. Dezember 1990, Beilage: „In St. Wendel tut sich was“.
- 18) Elmar Landwehr, Die Geschichte der Casino-Gesellschaft zu St. Wendel, 1855 – 1935, S. 46.



Grabmal des Bürgermeisters Carl Wilhelm Rechlin,
geboren am 01. Juli 1799 in Stralsund, gestorben am 14. Oktober 1872 in St. Wendel

Heimatbuch
des Landkreises St. Wendel

XXVIII. Ausgabe

Ein Volksbuch
für Heimatkunde,
Naturschutz
Und Denkmalpflege

Herausgegeben
Vom Landrat des Kreises St. Wendel

St. Wendels zweiter preußischer Bürgermeister

Carl August Theodor Müller amtierte von 1869 bis 1893

Von Franz J. Gräff



Carl August Theodor Müller (1823 -1898)

Foto:Stadtarchiv

Noch bevor der langjährige Bürgermeister Carl Wilhelm Rechlin (1835 - 1868) aus dem Dienst geschieden war, befasste sich die Stadtverordnetenversammlung mit der Wahl eines Nachfolgers. In der Sitzung am 26. Oktober 1868 ¹⁾ entschieden sich die sechzehn anwesenden Stadtverordneten (zwei fehlten) für die Wahl des Bürgermeisters Kunz aus Gersweiler. Anstatt der erbetenen Bestätigung ging am 14. Dezember bei der Stadt ein Schreiben des Landrats mit dem Inhalt ein, daß die Königliche Regierung in Trier das Recht der Landgemeinden auf Trennung von der Stadt bezüglich der gemeinschaftlichen Verwaltung durch einen eigenen Bürgermeister anerkenne. Daher wurden die Stadtverordneten aufgefordert zu prüfen, welches Gehalt sie bei einer Trennung zwischen Stadt und Land für den nunmehr nur für die Stadt zuständigen Bürgermeister aussetzen wollten. Sie erklärten jedoch in ihrer Sitzung am 6. Januar 1869 ²⁾ einmütig, daß sie keinen Grund einzusehen vermöchten, der zur Trennung der Landgemeinden von der Stadt Veranlassung geben könne und es sowohl aus Rechtlichkeits- wie aus Billigkeitsgründen bei der gemeinschaftlichen Verwaltung mit einem Bürgermeister bleiben müsse. Mit eingehender Begründung wurde dringend konnte in den Protokollbüchern bzw. im Stadtarchiv gefunden werden. Statt dessen war in der Nahe-Blies-Zeitung vom 9. März 1869, unter der Rubrik „Amtliche Nachrichten“, zu lesen, daß mit Verfügung der Königlichen Regierung vom 25. Februar dem Fiskalatssekretär Müller die kommissarische Verwaltung der Stadt- und Landbürgermeisterei St. Wendel übertragen worden und die Amtseinführung durch Landrat Rumschöttel am 4. März erfolgt sei. Damit hatte die viermonatige Vakanz, in der Beigeordneter Eduard Jochem (ein Sohn des in der Coburger Zeit acht Jahre als Oberbürgermeister amtierenden Conrad Jochem) die Geschäfte führte, ein Ende gefunden. Gleichzeitig war das von den sechs Landgemeinden, mit Ausnahme von Oberlinxweiler und Mainzweiler, in Gang gebrachte Trennungsverfahren zwischen Stadt und Land St. Wendel vorerst abgewendet.

Ein Westfale folgt dem Vorpommer Rechlin

Der neue, im 46. Lebensjahr stehende Bürgermeister wurde, gemäß Eintragung im Taufregister der lutherischen Kirchengemeinde Schwelm, am 1. Juli 1823 in Schwelm als Sohn der Eheleute Carl Joseph Müller und Bertha Neuenhaus geboren. Carl August Theodor Müller diente vom 1. April 1842 bis 31. März 1845 als Soldat bei der 8. Artillerie-Brigade, wo er die Offizierslaufbahn einschlagen wollte. Als er sich kurz vor seiner Beförderung zum Fähnrich eine Dienstbeschädigung zuzog, musste er aus dem Militärdienst ausscheiden. Er trat dann im Dezember 1845 als Supernumerar bei der Königlichen Regierung in Arnsberg/Westfalen ein, wo er bis Ende August des folgenden Jahres verblieb. Müller war dann bis zum 1. August 1847 Kommissar bei der Polizeiverwaltung in Dortmund und bis zum 1. April 1856, also knapp neun Jahre, Kontrollvorsteher bei der Eisenbahndirektion in Aachen. Eine sehr wichtige Zeit für seine spätere Bürgermeistertätigkeit dürfte wohl seine fast 13 Jahre währende Beschäftigung als Fiskalatssekretär bei der Provinzial-Steuerdirektion in Köln, heute würde man sagen, als Steuerbeamter des gehobenen Dienstes bei der Oberfinanzdirektion, gewesen sein³⁾. Diese Tätigkeit, zuletzt in Trier beim Erbschaftssteuerveramt, kam ihm sicher bei seiner späteren verantwortungsvollen Tätigkeit in St. Wendel zugute.

Nachdem Müllers kommissarische Amtsführung positiv ausgefallen war, wurde er in der Sitzung der Stadtverordneten vom 6. August 1869 mit 14 Stimmen gegen eine gemäß § 30 der Rheinischen Städteordnung zum Bürgermeister gewählt⁴⁾. Bereits Ende September erfolgte dann seitens der Königlichen Regierung die amtliche Bestätigung. Gleichzeitig wurde er definitiv zum Bürgermeister der Landbürgermeisterei St. Wendel ernannt.

Wie die Nahe-Blies-Zeitung vom 5. Oktober 1869 berichtet, war dieses Ereignis Veranlassung, Müller wenige Tage später seitens der Bevölkerung eine große Ovation darzu-bringen, bestehend aus einem Fackelzug mit Gesang- und Musikstücken, wie eine ähnlich festliche hier selten gesehen worden sei.

Förderung des Progymnasiums

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit musste sich Müller mit dem Wunsch der Bürgerschaft nach einem weiteren Ausbau des Progymnasiums befassen. Das bereits seit dem Jahre 1854 bestehende Progymnasium sollte zu einer Vollanstalt ausgebaut werden. In einer Sitzung der Stadtverordneten wurde eine „Immediateingabe“ verfasst, die Müller persönlich in einer Audienz am 10. August 1869 im Schloss zu Koblenz dem preußischen König überreichte. Dabei hatte der Bürgermeister Gelegenheit, in einem längeren Vortrag die schulischen Verhältnisse in unserer Stadt darzustellen. Die Audienz endete seitens des Königs mit den Worten: „Was in der Sache geschehen kann, das soll geschehen⁵⁾!“

Der König gab bei der Audienz auch seiner Freude Ausdruck, daß die Stadt den verdienten Heerführer, den kommandierenden General Herwarth von Bittenfeld, zum ersten Ehrenbürger ernannt hatte. Dieser Beschluss, der in der Sitzung am 18. Juni 1869 gefasst worden war, hat sicher sehr zum positiven Verlauf der Audienz beigetragen. Bedingt durch die Kriegsergebnisse von 1870/71 erfolgte die Erhöhung der Klassenzahl des Progymnasiums jedoch erst zu Beginn des Schuljahres 1872/73. Auch in den folgenden Jahren seiner Amtszeit hat Müller sich stets für die Belange, der sich ab 1874

„*Königliches-Kronprinz-Friedrich-Wilhelms-Progymnasium*“

nennenden Schule, eingesetzt⁶⁾. So ist auch mit seiner tatkräftigen Förderung der Neubau des Gymnasialgebäudes im Stenzen-Baumgarten, der heutigen Gymnasialstraße, der jetzt noch als Sonderschule genutzt wird und der Stadt zur Zierde gereicht, entstanden. Er wurde nach den Plänen des Kreisbaumeisters von Gersdorff errichtet und am 18. Oktober 1877 feierlich eingeweiht.

Landwirtschaftsschule (Winterschule)

Ein besonderes Anliegen von Müller war die für die bäuerliche Bevölkerung so wichtige Errichtung einer landwirtschaftlichen Fortbildungsschule.

Auf seine Initiative hin rief die Stadt St. Wendel bereits am 1. November 1869 „aus eigenen Mitteln und auf eigene Gefahr“ eine der ersten landwirtschaftlichen

Winterschulen ins Leben. Er war fortan als Vorsitzender des Kuratoriums der große Förderer der Anstalt.

Als Lehrer erteilte er selbst Unterricht in den Fächern Obst- und Gartenbau. Seine Vorliebe für die Rosenzucht bescherte ihm die Bezeichnung „Rosenmüller“. Nach einem Vortrag über die Verhältnisse der Schule vor dem preußischen Landwirtschaftsminister im Jahre 1882 gelang es ihm, die Existenz der Schule durch die Übernahme der Personalkosten durch den landwirtschaftlichen Verein für die Rheinprovinz zu sichern. Die Gründung der Schule als städtisches Unternehmen ist für die Entschlussfreudigkeit des Bürgermeisters und des damaligen Stadtrates sehr bezeichnend gewesen⁷⁾. Die St. Wendeler Anstalt gehörte somit zu den ältesten ihrer Art in Preußen.

Deutsch-Französischer Krieg

Zwei Ereignisse von nationaler Bedeutung sind in der langen Amtszeit von Bürgermeister Müller zu verzeichnen. Da ist zunächst der deutsch-französische Krieg von 1870/71 zu erwähnen, dessen Truppenaufmärsche unsere Stadt stark tangierten.

Schon einige Monate vor dem Ausbruch des Krieges kam Unruhe in der Bevölkerung auf, da der Kriegsbeginn in der Luft lag. So kam es zu Vorratskäufen, bei denen die ärmere Bevölkerung nicht mithalten konnte. Da entschloss sich die Stadtverwaltung, einen Kredit in Höhe von 2 000 Talern aufzunehmen⁸⁾, um den ärmeren Familien Vorschüsse zum Einkauf von Lebensmittelvorräten zu gewähren. In den Wochen vor Beginn des Krieges und in den ersten Kriegstagen zogen viele Truppeneinheiten auf dem Marsch zur Front durch unsere Stadt, wo sie von der Bevölkerung mit Getränken, Proviant und Tabak versorgt wurden.

Auch Bürgermeister Müller selbst war sehr um die Versorgung der durch die Stadt zur Front ziehenden Truppen bemüht. So beschaffte er viele Wagenladungen Mehl aus der Pfalz, um den Proviant für die Soldaten mit Suppe, Butterbrot und Kaffee aufzubessern.

Als dann das Donnergerollen der Schlacht an den Spicherer Höhen bis nach St. Wendel drang, kamen auch bald die ersten verwundeten Soldaten, die im Hospital,

wo ein Fünzigbetten-Lazarett eingerichtet wurde, versorgt wurden.

Siebenunddreißig deutsche und zwei französische Soldaten sind im hiesigen Lazarett verstorben und haben auf dem St. Wendeler Friedhof ihre letzte Ruhestätte gefunden⁹⁾.

Für die hier verstorbenen Krieger, die beiden französischen Soldaten eingeschlossen, und für alle Gefallenen des Landkreises St. Wendel wurde 1875 ein Denkmal vor der evangelischen Kirche errichtet, das Bürgermeister Müller in städtische Obhut nahm.

Ein großes Ereignis für St. Wendel war der 15. März 1871, als der Kaiser mit einem Sonderzug auf dem Bahnhof einlief, wo Landrat Rumschöttel und Bürgermeister Müller ihm Willkommensgrüße entboten.

Tausende waren in die festlich geschmückte Stadt geströmt, um den Kaiser zu Gesicht zu bekommen. Jedenfalls konnte der Bahnhof die große Menschenmenge nicht fassen¹⁰⁾.

Kulturkampf

Auch der in Preußen als Folge der Maigesetze des Jahres 1873 entbrannte Kulturkampf machte sich bei uns bemerkbar. Er trat in dem benachbarten Namborn, wo die Einsetzung eines neuen Pastors durch den Bischof von Trier ohne die vom Staat geforderte Anzeige an den Oberpräsidenten erfolgte, besonders stark in Erscheinung. Als der von der Staatsregierung nicht bestätigte Pfarrer verhaftet und nach St. Wendel gebracht wurde, hatte Bürgermeister Müller mit Gendarmen und Polizisten den Bahnsteig abgesperrt, um die wütende und auf den Bahnhof stürmende Menschenmenge abzuwehren. Er schob die Schuld an diesen Krawallen den Einwohnern von Namborn und Baltesweiler zu¹¹⁾.

Auch St. Wendel blieb von den Folgen der Maigesetze nicht verschont. Als der seit dem Jahre 1823 amtierende Pfarrer und Dechant Theodor Creins am 11. Oktober 1874 verstarb, wurde die Pfarrei St. Wendalin fast zehn Jahre lang von zwei Kaplänen verwaltet und seelsorgerisch betreut, die oft gegensätzliche Ansichten

vertraten, wobei die ordnende Hand eines Pfarrherrn fehlte.

Während der Vakanz von 1874 bis 1884 oblag dem Bürgermeister vertretungsweise die in Preußen den Pfarrern übertragene Funktion des Lokalschulinspektors. Im Jahre 1875 verlangte die Regierung die Auflösung der damals noch von den Franziskaner-Schwestern betriebenen Kleinkinderbewahrschule. Bürgermeister Müller konnte trotz seiner großen Bemühungen deren Schließung nicht abwenden.

Erfolgreicher dagegen war sein Einsatz für die Erhaltung der Pflege verwaister Kinder durch die Borromäer-Schwestern im Hospital.

Als der Kulturkampf vorüber war, war Bürgermeister Müller sehr bemüht, die gesellschaftliche Trennung, die die Kulturkampfsjahre in der St. Wendeler Bevölkerung bewirkt hatten, zu überwinden. So saßen allabendlich St. Wendeler Beamte und Bürger im Gasthaus Knoll in Eintracht mit ihrem Bürgermeister zusammen, wobei sie sicher auch über die in der Kulturkampfszeit entstandenen Spannungen diskutierten¹²⁾.

Wasser- und Gasversorgung

In Müllers Amtszeit wurden wichtige Entscheidungen hinsichtlich einer Verbesserung der Wasser- und Gasversorgung getroffen¹³⁾.

Das Wasserleitungsnetz musste erneuert und neue Quellen mussten erschlossen werden. Diese wichtige Aufgabe wurde nach längeren Verhandlungen mit Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung im Jahre 1883 der Privatfirma Joos und Co aus Landau/Pfalz übertragen und ihr gleichzeitig das Monopol für die gesamte Wasserversorgung in der Stadt für die Dauer von 50 Jahren zugebilligt.

Somit brachte das Jahr 1883 die erste zentrale Wasserversorgung für unsere Stadt. Die neuen Versorgungsleitungen mit den Hydranten sollten sich schon bald bei verschiedenen Bränden bewähren.

In damaliger Zeit gingen bei der Stadtverwaltung auch Anfragen ein wegen der Errichtung einer Gasanstalt. Neben zwei auswärtigen Angeboten aus Solingen und Dortmund kam 1887 auch eine Anfrage von einer St. Wendeler Bietergemeinschaft.

Hier konnte nach langwierigen Verhandlungen und dem erforderlichen Beschluss des Stadtrates am 1. April 1889 der Firma „Gaswerk Münster & Co“ aus St. Wendel die Genehmigungsurkunde zum Bau und Betrieb eines Gaswerkes erteilt werden. Mit der Beauftragung zweier Privatfirmen zur Sicherstellung der Gas- und Wasserversorgung wurden für die weitere Entwicklung unserer Stadt wichtige Entscheidungen getroffen.

Eisenbahnbau und Eisenbahnwerkstätte

Da die Eröffnung der Rhein-Nahe-Bahn im Jahre 1860 einen großen wirtschaftlichen Aufschwung für St. Wendel und das ganze Umland gebracht hatte, war Bürgermeister Müller bemüht, zusammen mit dem Waderner Eisenbahn-Komitee eine Eisenbahn-Verbindung von St. Wendel über den Hochwald nach Trier zu schaffen. Diesem Komitee, das am 6. Juni 1881 gegründet wurde und in dem Müller den Vorsitz übernahm, gehörten noch die St. Wendeler Stadtverordneten Mali und Blum sowie der Kaufmann Bruch an. Es richtete am 14. Juni 1882 ein eingehend begründetes Gesuch an den Preußischen Staatsminister für Öffentliche Arbeiten in Berlin, dem jedoch der Erfolg versagt blieb. Die Hochwaldbahn endete nicht in St. Wendel, sondern in Türkismühle. Stattdessen gelang es zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die schon im Jahre 1895 begonnenen Überlegungen zum Bau der Nebenstrecke von St. Wendel über Oberthal nach Tholey zu realisieren. Die Eröffnung der Teilstrecke St. Wendel - Oberthal erfolgte am 2. August 1915, während die Fortsetzung bis Tholey noch am 1. Oktober des gleichen Jahres in Betrieb genommen wurde¹⁴⁾.

Schon damals musste der Bürgermeister um die Erhaltung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze kämpfen. Da die mit dem Eisenbahnbau gegründete Eisenbahnwerkstätte keine Haupt-, sondern eine Nebenwerkstätte war, wurde im Jahre 1881 erwogen, die Werkstätte in St. Wendel zu Gunsten der Werkstätten in Saarbrücken und in Karthaus bei Trier zu schließen. Müller, der die Gefahr rechtzeitig erkannt hatte, zumal schon dreißig Handwerker nach Karthaus abgeordnet worden waren, machte sich mit drei Stadtverordneten auf, um in Berlin bei dem Minister der Öffentlichen Arbeiten vorzusprechen. In zweitägigen Verhandlungen erreichte die St. Wendeler Delegation, daß nicht nur der geplante Personalabbau gestoppt, sondern

die Zahl der Arbeitsplätze auf 186 erhöht wurde. Als besonderer Erfolg muss gewertet werden, daß bereits im April 1882 erstmalig sechzehn Lehrlinge eingestellt werden konnten.

Veränderungen im Hospital

Nachdem schon in der französischen Revolution das Hospital als kirchliche Stiftung aufgelöst und zu einem städtischen Bürgerhospital unter der Verantwortung des Bürgermeisters als Präsident der Hospitalkommission umgewandelt worden war, wurde durch das preußische Gesetz vom 8. März 1871 die Eigenständigkeit der Hospital-Stiftung aufgehoben und in die Verwaltungshoheit der Stadt eingegliedert.

Der Stadtrat fasste daher in seiner Sitzung am 6. Juli 1871¹⁵⁾ unter Vorsitz von Bürgermeister Müller den förmlichen Beschluss, die Verwaltung des Hospitals zu übernehmen. Fortan hatte die als Hospitalverwaltungskommission fungierende Armenkommission nur noch beratende Funktion, während die endgültigen Entscheidungen über die Angelegenheiten des Hospitals jetzt dem Stadtrat oblagen. In dem vorgenannten Beschluss wurde jedoch ausdrücklich festgehalten, daß das Vermögen des Hospitals in seinem Stiftungszweck erhalten bleiben müsse, also getrennt zu verwalten sei. Somit war Müller laut Gesetz gehalten, sich fortan aktiv um das Geschehen im Hospital zu kümmern.

Waisenflege

Wie bereits unter dem Abschnitt „Kulturkampf“ erwähnt wurde, sollte den Ordensschwestern im Hospital die Waisenflege entzogen werden. Gemäß einer Verfügung der Königlichen Regierung vom 6. September 1876 berieten die Stadtverordneten am 20. September¹⁶⁾ über die Angelegenheit und beauftragten den Bürgermeister, eine Petition an den Minister des Innern und für geistliche Angelegenheiten zu überbringen. In dieser Petition wurde darauf hingewiesen, daß mit der Beendigung der Waisenflege durch die Borromäerinnen eine schwere Schädigung für die Kinder und auch für die Stadt eintreten werde, zumal doch die Pflege hilfsbedürftiger Kinder der allgemeinen Krankenpflege gleich zu achten sei.

Diese Eingabe hatte zur Folge, daß die Frist zur Beendigung der Waisenpflege zunächst um drei Jahre verschoben und schließlich ganz aufgehoben wurde.

Neubau Knabenhaus

Als in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts der Landeshauptmann in Düsseldorf eine große Zahl verwahrloster Kinder ins Hospital schickte, mussten neue Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden. In seiner Sitzung am 28. Januar 1882¹⁷⁾ befassten sich die Stadtverordneten unter Vorsitz von Bürgermeister Müller mit den

von dem Kommunalbaumeister Otto Spalding erstellten Neubauplänen, die in den beiden nächsten Jahren im Anschluss an den Kapellenbau verwirklicht werden sollten. Da damals noch eine strenge Geschlechtertrennung herrschte und in dem Neubau nur Knaben untergebracht wurden, wird das Bauwerk bis heute „Knabenhaus“ genannt.

Heute sind nach gründlicher Instandsetzung und nach Beseitigung eines stilwidrigen Balkonanbaus im Untergeschoss das von der Stadt initiierte Jugendzentrum, im Erd- und Obergeschoss die Kreismusikschule und im Dachgeschoss die Hauswirtschaftsabteilung des Hospitals untergebracht.

Das Gebäude gehört zum historischen Ensemble und steht unter Denkmalschutz.

Bau einer eigenen Hospitalschule

Mit der stärkeren Belegung des Hospital-Kinderheimes stieg auch die Zahl der schulpflichtigen Kinder. Da mit dem Besuch der Hospitalkinder eine Belastung der städtischen Volksschule eingetreten war, die bei den Bürgern der eigenen Kinder wegen Besorgnis erregte, entschloss sich der Stadtrat in seiner Sitzung am 1. Februar 1886¹⁸⁾ Abhilfe zu schaffen und eine eigene zweiklassige Schule für die Hospitalkinder zu bauen. Diese Hospitalschule, für die in den Jahren 1958/60 ein neues achtklassiges Schulgebäude errichtet wurde, stand bis zum Jahre 1965 in der Unterhaltslast des Hospitals¹⁹⁾. Heute ist die Schule eine Staatliche Sonderschule, die seit dem Jahre 1980 nach der nahegelegenen Gemarkung den Namen „Wingertschule“ trägt.

Landwirtschaftsbetrieb

Im Jahre 1872 bot sich dem Hospital die Gelegenheit, im Alten Woog gelegene Gebäulichkeiten von dem Gastwirt Franz Tholey und dem Bierbrauer Jakob Hohl zu erwerben²⁰⁾. Jetzt konnte mit den bisher verpachteten Ländereien (100 Morgen) ein eigener landwirtschaftlicher Betrieb zur Selbstversorgung der Hausbewohner eingerichtet werden. Dieser Betrieb bestand im bebauten Stadtgebiet bis zur Errichtung des Aussiedlerhofes an der Landstraße nach Werschweiler im Jahre 1969. Inzwischen wurde die eigene Landwirtschaft aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt.

Volksschulbauten

Bürgermeister Müller sorgte in seiner langen Amtszeit nicht nur für die Verbesserung der Verhältnisse am Progymnasium, für die Gründung der Landwirtschaftsschule und für die Errichtung der neuen Hospitalschule, sondern es lag ihm auch die Förderung der übrigen St. Wendeler Schulen sehr am Herzen.

Es war in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts, als die Regierung in Trier die Stadt drängte, für die damals erst seit einigen Jahren bestehende evangelische Volksschule ein eigenes Schulgebäude zu errichten. Nach verschiedenen Ablehnungen wurde am 23. Oktober 1867²¹⁾, noch unter Bürgermeister Rechlin, der Beschluss gefasst, nach den Plänen des Kreisbaumeisters von Gersdorff neben der evangelischen Kirche ein neues Schulgebäude zu bauen. Eine der ersten Amtshandlungen Müllers war die Einweihung dieses neuen Schulhauses, bestehend aus zwei Schulsälen und zwei Lehrerwohnungen. Bereits im Jahre 1877 musste eine symmetrische Erweiterung des Schulgebäudes vorgenommen werden. Die Pläne hierzu wurden von dem Kreisbaumeister Spalding erstellt. Nun standen zwei Schulsäle für die evangelische und vier Schulsäle für die katholische Volksschule zur Verfügung, wodurch eine große Verbesserung für die städtischen Volksschulen erreicht worden war.

Mit dem Bau dieses neuen Schulhauses war aber der Raumbedarf der Volksschulen noch nicht gedeckt. Auch für die Schule in Alsassen wurde aufgrund der gestiegenen

Schülerzahlen die Bereitstellung eines dritten Schulsaaes notwendig.

In der gleichen Sitzung, in der am 14. September 1877²² die Erweiterung des Schulhauses neben der evangelischen Kirche beschlossen worden war, wurde auch der Einrichtung eines dritten Klassenraumes, der durch Umwandlung einer Lehrerwohnung gewonnen werden sollte, zugestimmt. So kann man Bürgermeister Müller bestätigen, daß er in seiner vierundzwanzigjährigen Amtszeit die St. Wendeler Schulverhältnisse in allen Bereichen überaus positiv gestaltete.

Aufstockung des Amtshauses

Nachdem im Jahre 1879 die landrätliche Verwaltung aus dem Amtshaus, dem heutigen Rathaus, in das neuerworbene Kreishaus in der Brühlstraße (heute Hotel Posthof) umgezogen war, führte die Stadt als Eigentümerin wichtige Umbauten durch. Nach den Plänen des Communal-Baumeisters Otto Spalding wurde eine Aufstockung vorgenommen und damit leider das stilgerechte Mansarddach beseitigt. In den neu gewonnenen Räumlichkeiten wurde auch die landwirtschaftliche Winterschule untergebracht.

Gründung einer freiwilligen Feuerwehr

Als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei den Brandeinsätzen der bestehenden Pflichtfeuerwehr chaotische Zustände herrschten, ergriff Bürgermeister Müller die Initiative und erstellte ein Reglement über die Organisation und den Dienst einer freiwilligen Feuerwehr für die Stadt St. Wendel. Diesem Reglement, das zu jedermanns Einsicht offen gelegen hatte, gaben die Stadtverordneten in ihrer Sitzung am 13. Februar 1884 ihre Zustimmung. Doch schon bald zeigte sich, daß die Feuerwehr wegen mangelnder Beteiligung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Die allgemeine Unzufriedenheit mit den Leistungen der freiwilligen Feuerwehr war dann für Müller Veranlassung, im Jahr 1893, kurz vor dem Ende seiner Amtszeit, wieder eine Pflichtfeuerwehr ins Leben zu rufen²³). Erst unter Müllers Nachfolger Alfred Friedrich konnte im Jahre 1900 die freiwillige Feuerwehr wieder gegründet und zu einer schlagkräftigen Wehr ausgestaltet werden.

Abschließend sollte noch berichtet werden, daß Müller gleich zu Beginn seiner Amtszeit einen besseren Zugang vom Graben in die Mott schaffte²⁴⁾. Im Jahre 1869 erwarb die Stadt das aus Haus und Scheuer bestehende Anwesen des Maurers Fehr, um ein Jahr später die im Wege stehenden Gebäulichkeiten abzurechen.

Nicht unerwähnt bleiben soll auch, daß Müller am 22. September 1884 anlässlich der 50-jährigen Zugehörigkeit zu Preußen, die mit einem Fackelzug gefeiert wurde, auf der Rath austreppe vor der Kirche eine packende Rede hielt²⁵⁾. Dabei hob er die Verdienste Preußens um die Rheinlande, insbesondere aber um unsere engere Heimat hervor. Man darf vermuten, daß mit dieser von der Stadt organisierten Feier das in der Kulturkampfzeit getrübt Verhältnis zu Preußen verbessert werden sollte.

Müller konnte am Ende seiner Dienstzeit am 31. Juli 1893 auf ein erfolgreiches Wirken zurückblicken. Seine letzten Lebensjahre, die von Krankheiten gezeichnet waren, verbrachte er in Wiesbaden, wo er am 24. Oktober 1898 verstarb. An seiner Beerdigung nahmen Bürgermeister Alfred Friedrich und der Stadtverordnete Nicolaus Blum teil. In einem langen Nachruf im St. Wendeler Volksblatt vom 27. Oktober 1898 ist u.a. folgendes zu lesen:

„ Mit einer rastlosen Arbeitskraft ausgestattet, der sich ein klarer, freier, stets auf das Große und Ideale gerichteter Blick zugesellt, hat er St. Wendel alle jene Einrichtungen gegeben, welche uns heute an die Seite moderner Städte stellen. Seinem Vorgehen verdanken wir die Wasserleitung, die Gasanstalt, die Umwandlung unserer höheren Stadtschule in eine Königliche Anstalt, den Ausbau unseres städtischen Volksschulwesens und die Vergrößerung des Hospitals, welches heute nicht nur befähigt ist, hunderte von jugendlichen Zöglingen aufzunehmen, sondern auch in eigenen Schulen zu erziehen und zu unterrichten. Bei all diesen Neuschöpfungen, die freilich oftmals den kleinstädtischen Anschauungen schnurstracks zuwiderliefen, bedurfte es der ganzen Zähigkeit seines Volkscharakters, um der Widersacher Meister zu werden“

Anmerkungen:

- 1) Beschlussbuch der Stadt St. Wendel, S. 220
- 2) ebd., S. 226
- 3) Hans Klaus Schmitt, Die Schultheißen und Bürgermeister der Stadt St. Wendel, o.J., S. 11 f
- 4) wie 1) S. 254
- 5) Nahe-Blies-Zeitung vom 17. August 1869
- 6) Geschichte der Schulen der Stadt St. Wendel, 1924, S. 72 f.
- 7) ebd., S. 192
- 8) Max Müller, Die Geschichte der Stadt St. Wendel, 1927, S. 254
- 9) Die Kriegerdenkmäler in der Kreisstadt St. Wendel, 1991, S. 12
- 10) wie 8), S. 265
- 11) ebd., S. 272
- 12) ebd., S. 280
- 13) Johann Philippi, Die Geschichte der Stadtwerke St. Wendel, 1993
- 14) Theo Schäfer, Die Eisenbahnstrecke St. Wendel-Tholey, 1997, S. 27 f.
- 15) wie 1) S. 322
- 16) ebd., S. 479 f.
- 17) ebd., S. 109 ff.
- 18) ebd., S. 271
- 19) (Festschrift) 525 Jahre Hospital St. Wendel, 1980, S. 63
- 20) wie 8) S. 697
- 21) wie 1) S. 165
- 22) ebd., S. 514 - 518
- 23) (Festschrift) 100 Jahre Freiwillige Feuerwehr St. Wendel, 1984, bes. S. 23 - 33
- 24) wie 8) S. 331
- 25) ebd., S. 277

Heimatbuch des Landkreises St. Wendel

XXIX. Ausgabe 2000-2003

Ein Volksbuch für
Heimatkunde, Naturschutz und
Denkmalpflege

Herausgegeben
vom Landrat des Kreises St. Wendel

St. Wendels dritter und letzter preußischer Bürgermeister Karl Alfred amtierte von 1894 bis 1918

Von Franz J. Gräff



*Bürgermeister
Karl Alfred Friedrich*

Einleitung

Wie schon beim vorherigen Bürgermeisterwechsel von Rechlin zu Müller im Jahre 1869 wurde auch 1893 wieder die Frage der Trennung von Stadtbürgermeisterei und Landbürgermeisterei St. Wendel akut. Die Regierung aus Trier war aus verschiedenen Gründen an einer Aufhebung der seit 1834 bestehenden Personalunion interessiert, zumal der Stadtbürgermeister gemäß den Bestimmungen der Rheinischen Städteordnung von der Stadtverordnetenversammlung für eine Amtszeit von zwölf Jahren gewählt, während der Landbürgermeister von der Regierung, also von

staatlicher Stelle, auf Lebenszeit ernannt wurde.

So kam es, daß kurz nach dem Eintritt von Bürgermeister Müller in den Ruhestand durch den damaligen Landrat Alwin von Hagen (1885-1900) mit Verfügung vom 9. August 1893 die Trennung von Stadt- und Landbürgermeisterei ausgesprochen wurde.

Ausschreibung der Bürgermeisterstelle und Wahl des neuen Bürgermeisters

In der Stadtverordnetenversammlung vom 22. August 1893 wurde unter Vorsitz des Beigeordneten Jochem beschlossen, gegen diese Entscheidung des Landrats bei der Regierung in Trier und beim Oberpräsidenten in Koblenz Einspruch einzulegen. Als Begründung wurde im Protokollbuch lediglich eingetragen, daß die Trennung für beide Teile keine Vorteile bringe, aber sehr bedeutende materielle Nachteile in sich schließen würde.¹ Die Einsprüche hatten keinen Erfolg und wurden nicht zuletzt auch deshalb abgelehnt, weil dieses Mal alle Gemeinden der Landbürgermeisterei die Trennung verlangten.² Die Stadtverordneten akzeptierten jetzt die Trennungsverfügung und fassten in ihrer Sitzung am 5. November 1893 den Beschluss, einen Bürgermeister ohne Anschluss an eine andere Bürgermeisterei zu wählen und ihm ein Gehalt von 2.400 Mark zu gewähren. Jetzt dauerte es noch etwa sechs Wochen bis die Stadtverordnetenversammlung am 17. November beschloss, die Bürgermeisterstelle in geeignet erscheinenden Blättern in vier rheinischen Regierungsbezirken (ohne Aachen) auszuschreiben. Bei der Wahl des Bürgermeisters am 11. Dezember 1893 standen nur zwei Bewerber zur Verfügung. Es waren dies der Regierungssupernumerar Willi Bettingen aus St. Wendel und der Gerichtsreferendar Karl Alfred Friedrich aus Prüm.

Während auf Bettingen acht Stimmen entfielen, erhielt Friedrich zehn Stimmen, er war somit auf die Dauer von zwölf Jahren zum Bürgermeister der Stadt St. Wendel gewählt.

Nachdem die Regierung die Wahl des ersten katholischen Bürgermeisters seit Beginn

der preußischen Zeit bestätigt hatte, erfolgte am 11. Januar 1894 durch Landrat von Hagen die Amtseinführung. Bei dieser Gelegenheit dankte der Landrat auch dem Beigeordneten Nicola Jochem »für die treue und hingebende Geschäftsführung« während der Vakanz.

Karl Alfred Friedrich, der im jugendlichen Alter von 26 Jahren die verantwortungsvolle Stelle des Stadtbürgermeisters von St. Wendel antrat, war am 9. Juni 1868 in Prüm als Sohn des damaligen Kreissekretärs und späteren Bürgermeisters von Wadern, Mathias Friedrich, geboren worden. Er hatte im März 1889 am Gymnasium in Wiesbaden mit gutem Erfolg die Reifeprüfung abgelegt und an den Universitäten in Straßburg, Berlin und Bonn Jura studiert. Im Juli 1892 legte er in Köln die erste juristische Prüfung ab. Während seine juristische Ausbildung noch im Gange war, bewarb er sich mit Erfolg um die Bürgermeisterstelle in St. Wendel.

Verwaltungstätigkeit

Der neue Bürgermeister konnte, wie Max Müller uns berichtet³, auf der Grundlage, die von seinen Vorgängern bereitet worden war, durch geschickte Kommunalpolitik unser Gemeinwesen in eine moderne Städtkultur hineinführen. Dabei kam ihm die bald nach seinem Dienstantritt erfolgte Steuerreform, die die Gemeindefinanzen auf eine tragfähige Grundlage stellte, sehr zustatten. Auch auf die Errichtung des Schlachthofes, den Ausbau der Wasserversorgungsanlage, die Übernahme des Gaswerkes, den Ausbau von Straßen, die Anlage der Kanalisation sowie auf die Verbesserung der Schulverhältnisse wird hingewiesen. Über diese Punkte wird später noch zu berichten sein.

Aus den ersten Jahren seiner Amtszeit sind nur einige bemerkenswerte Maßnahmen bekannt. So befasste sich die Stadtverordnetenversammlung in den Jahren von 1896-1898 u.a. mit der Benennung der städtischen Straßen und ihrer Nummerierung: z.B. wurde durch Beschluss vom 19. Februar 1897 die bisherige Herzog-Ernst-Straße in Balduinstraße umbenannt. Später wurde noch beschlossen, die Neunummerierung so vorzunehmen, daß innerhalb der einzelnen Straßen an die rechte Seite die geraden und an die linke Seite die ungeraden Nummern verteilt werden. Die Kirche soll als Mittelpunkt genommen werden und das der Kirche am

nächsten gelegene Haus die Nummer »eins« erhalten. Die Kirche, später »Dom« genannt, war also der zentrale Punkt unserer

Stadt. Die Nummerierung sollte durch die Baukommission unter Hinzuziehung des KatasterControlleurs erfolgen. Auch über die Festsetzung von Straßen- und Baufluchtlinien wurde beraten und damit wichtige städtebauliche Ordnungsmaßnahmen eingeleitet. Von Interesse dürfte auch sein, daß die Stadtverordnetenversammlung beschlossen hatte, anlässlich der 1896 erfolgten Ausstellung der Gebeine des hl. Wendelinus keine öffentlichen Plätze zur Aufstellung von Verkaufsbuden an auswärtige Geschäftsleute abzugeben. Den einheimischen Geschäftsleuten sollten die Nischen um die Kirche im Einverständnis mit dem Dechanten im Wege der Versteigerung überlassen werden. Der Erlös sollte zu Gunsten der Kirchengemeinde und der Stadt Verwendung finden. Während der Ausstellung (15. bis 29. Oktober) sollten zusätzlich noch zwei Nachtwächter eingestellt werden und die Straßen- (Gas-)laternen die ganze Nacht hindurch brennen.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 8. Januar 1900 richtete Bürgermeister Friedrich vor Eintritt in die Tagesordnung mit Rücksicht auf die erste Sitzung im neuen (20.) Jahrhundert an die Versammlung kurze Worte der Begrüßung, wobei er wohl auf das besondere Ereignis der Jahrhundertwende hinwies.

Gründung des Missionshauses⁴

Als Ende des 19. Jahrhunderts der der Familie Cetto gehörende Langenfelder Hof zur Zwangsversteigerung anstand, interessierte sich auch die Gesellschaft der Steyler Missionare für dieses Objekt, um im Westen Deutschlands eine neue Niederlassung zu gründen. Sie war von dem Hospital-Pfründner Peter Glauber auf den zum Verkauf anstehenden Hof aufmerksam gemacht worden. Als daraufhin eine Abordnung aus Steyl unter Leitung des Ordensgründers Pater Adolf Janssen den Hof einer eingehenden Besichtigung unterzog, die positiv ausgefallen war, musste noch mit der Stadt geklärt werden, wie ein ordentlicher Zufahrtsweg zum geplanten Missionshausbau auf den Atzenhübel geschaffen werden könne. In seinem Schreiben an die Stadt vom 10. Juli 1898 vergaß der General- Superior jedoch nicht, auf das große Interesse anderer Städte an der neuen Niederlassung hinzuweisen. Bereits in der

Sitzung vom 13. Juli befasste sich die Stadtverordnetenversammlung mit der Angelegenheit und erklärte, daß sie in der beabsichtigten Niederlassung der Steyler Missionare eine segensreiche Verwertung des Gutes sehe, was der Stadt zum Vorteil gereiche. Ohne jedoch die Höhe der finanziellen Beteiligung festzulegen, erklärten die Stadtverordneten, daß die Missionsgesellschaft mit der tatkräftigen Unterstützung der Stadt rechnen könne. Da die Förderung dieser Neugründung, wie wir heute wissen, für St. Wendel von großer Wichtigkeit sein sollte, wurde bereits am 11. November beschlossen, einen festen und einmaligen Zuschuss von »Viertausend Mark« zum Bau des Zufahrtsweges zu bewilligen, was, wie ausdrücklich im Protokollbuch festgehalten wurde, die höchste Leistungsfähigkeit der Stadt darstelle. Nachdem also die Finanzierung der Erschließungsstraße bei einer Eigenleistung des Missionshauses von 5.000 Mark und eines Zuschusses der Provinzialverwaltung in Düsseldorf von 6.000 Mark gesichert war, konnten die Kaufverhandlungen mit dem Landeshauptmann in Düsseldorf bei einem Preis von 350.000 Mark (Immobilien zu 300.000 Mark und Mobilien zu 50.000 Mark) mit Kaufvertrag vom 4. Januar 1899 zum Abschluss gebracht werden⁵. Die Genehmigung zur Errichtung einer Ordensniederlassung war bereits am 26. Oktober 1898 durch das zuständige Ministerium in Berlin erfolgt. Vorher hatten auch die kirchlichen Stellen in St. Wendel (Dechant) und Trier (Bischof) ihre Zustimmung gegeben. Ein neues Missionshaus entstand dann um die Jahrhundertwende, während die Missionshauskirche erst im Jahre 1911 fertiggestellt und in Anwesenheit des Bürgermeisters eingeweiht wurde.

Bau eines städtischen Schlachthofes

Nach Max Müller⁶ entsprachen die Schlachthäuser der St. Wendeler Metzger nur in geringem Maße den polizeilichen Anforderungen. Auch sei ihre Kontrolle sehr schwierig gewesen, so daß manche Schwarzschlachtung vorgekommen sei. Um diesen Übelständen abzuhelpen, verlangte der Regierungspräsident Ende Januar 1899 den Bau eines städtischen Schlachthofes. Die ersten Beratungen über den Schlachthausbau fanden in den Sitzungen am 15. März, 24 Juni und 7. Juli 1899 statt. In der letzten Sitzung am 8. August wurde beschlossen, die Ausarbeitung des Projektes

für die Schlachthausanlagen dem Leiter des Stadtbauamtes in Zweibrücken, Scheyer, zu übertragen.

Nachdem am 26. September die Baupläne genehmigt worden waren, konnte mit den Bauarbeiten, deren Kosten sich auf 95.000 Mark belaufen sollten, begonnen werden. Die Eröffnung des Schlachthofes fand im Jahre 1901 statt⁷. Auf Grund eines von der Stadt erlassenen Ortsstatus waren alle Bewohner der Stadt gehalten, ihre Schlachtungen im neuen Schlachthof durchzuführen. Dieser Benutzungszwang sollte zu einem Streitfall zwischen der Stadtverwaltung und der Verwaltung des Missionshauses werden, bis schließlich nach längeren Verhandlungen, in die sich u.a. auch der frühere Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr von Schorlemer, eingeschaltet hatte, das Missionshaus vom Benutzungszwang freigestellt wurden⁸.

Einrichtung eines Stadtbauamtes

Zu den wichtigsten und weitsichtigsten Entscheidungen in der ersten Amtsperiode von Friedrich gehörte die Einrichtung eines städtischen Bauamtes. Seit 1835, als das bisherige Fürstentum Lichtenberg als Landkreis St. Wendel dem Regierungsbezirk Trier angeschlossen wurde und damit zu Preußen kam, war beim Landratsamt ein Communalbaumeister tätig, dem die Erledigung aller Hoch- und Tiefbaumaßnahmen der Stadt St. Wendel und aller Kreisdörfer oblag⁹. Als aber Ende des 19. Jahrhunderts in St. Wendel eine starke bauliche Entwicklung einsetzte, reichte eine Baumeister- Stelle für den gesamten Kreis nicht mehr aus, um die auf die Stadt zukommenden Bauaufgaben sach- und fachgerecht erfüllen zu können. Bereits im Jahre 1895 war ein eigenes Stadtbauamt mit Unterstellung unter das Kreisbauamt eingerichtet worden¹⁰. Da im Protokollbuch der Stadtverordnetenversammlung aber kein Hinweis zu finden ist, kann es sich, da auch fortan alle baulichen Aufgaben von dem damaligen Communalbaumeister Hartz erledigt wurden, nur um ein geplantes, aber nicht realisiertes Vorhaben gehandelt haben. Als dann aber in den folgenden Jahren zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer neue Bauaufgaben auf die Stadt zukamen, wurde mit der Einstellung des Bautechnikers und späteren Stadtbaumeisters August Krekeler ab 1. Oktober 1905 das Stadtbauamt Realität¹¹. Krekeler, der erst wenige Monate vorher von Prüm nach St. Wendel umgezogen

war, wo er bei einer Baufirma eine Stelle als Baugewerksmeister angetreten hatte, wurde in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 1. September zum städtischen Bautechniker gewählt. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß Krekeler seine neue Stelle am 1. Oktober antreten solle. Ihm sollte die Leitung und Überwachung des gesamten Bauwesens der Stadt einschließlich des Wasserwerks übertragen werden.

In einer Zeitungsnotiz¹¹ finden wir noch den Hinweis, daß mit der Einstellung eines fleißigen und rührigen Technikers das Stadtbauamt seine Tätigkeit aufnehmen konnte. Mit der Anstellung Krekelers wurde die bauliche Entwicklung unserer Stadt sehr gefördert. Noch heute sind viele Bauwerke, wie das ehemalige Mädchenhaus im Hospital (1906/07), der Altbau der heutigen Nikolaus-Obertreis-Schule (1908/09), die Aula mit der Südfassade des Missionshauses (1913/14) und andere Gebäude Zeugnisse von Krekelers gestaltender Schaffenskraft. Auch das vor wenigen Jahren abgebrochene Marienkrankenhaus (1911/12) war ein Werk Krekelers. Es war ein besonderes Verdienst von Friedrich, daß er das Mutterhaus der Franziskanessen in Waldbreitbach, nachdem Stadt und Kreis die Trägerschaft für das Krankenhaus abgelehnt hatten, kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges zu dem beachtlichen Krankenhausneubau mit 70 Betten bewegen konnte¹³.

Wiederwahl des Bürgermeisters

Rechtzeitig vor Ablauf der ersten Amtsperiode (zum Jahresende 1905) hatte der erste Beigeordnete Rudolf Jochem die Stadtverordneten zu einer Sitzung am 26. Mai 1905 mit dem Tagesordnungspunkt: »Bürgermeisterwahl« eingeladen. In geheimer Abstimmung erhielt Friedrich alle Stimmen der sechzehn anwesenden Stadtverordneten; er war somit einstimmig auf weitere zwölf Jahre zum Bürgermeister der Stadt St. Wendel gewählt. Weiter wurde beschlossen, mit Rücksicht auf die bisherige erfolgreiche Tätigkeit das Höchstgehalt von 4.500 Mark, das erst in drei Jahren gezahlt werden sollte, schon rückwirkend ab 1. April des laufenden Jahres zu bewilligen.

Stiftung Hospital

Am gleichen Tag, an dem die Bürgermeisterwahl stattfand, wurde auch eine wichtige Entscheidung für die Selbstständigkeit des Hospitals getroffen¹⁴. Nach Gesetzen aus der Zeit der Französischen Revolution und nach einem preußischen Gesetz vom Jahr 1871 wurde die verantwortliche Leitung des Hospitals dem Bürgermeister der Stadt St. Wendel zugesprochen. In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde auf Vorschlag von Friedrich folgender Beschluss gefasst:

»Die Versammlung beschließt, durch den Vorsitzenden beim Grundbuchamt hier den

Vorsitzenden beim Grundbuchamt hier den Antrag zu stellen, daß die Liegenschaften des Hospitals, welche im Grundbuch auf den Namen der Stadt St. Wendel eingetragen sind, auf den Namen „Hospital St. Wendel“ eingetragen werden, weil das Hospital keine städtische Anstalt, sondern eine von einer Commission (Hospitalcommission) verwaltete rechtsfähige Stiftung ist«.

Dieser Beschluss sollte für die Eigenständigkeit der Hospital-Stiftung, besonders in der Zeit des Dritten Reiches, von großer Bedeutung sein, konnte doch in dieser für katholische Einrichtungen schwierigen Zeit das Hospital, geleitet von Ordensschwestern, seine Selbstständigkeit und Unabhängigkeit bewahren.

Bereits im Jahre 1902, als die Borromäerinnen ihr 50-jähriges Ortsjubiläum feierten - sie hatten 1852 die Leitung des Hospitals übernommen - hatte die Stadt ihnen als Jubiläumsgeschenk 1.000 Mark übergeben. Dieses Geld sollte zur Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für die neuerrichtete Frauenabteilung Verwendung finden.

Verwaltungsbericht¹⁵

Wie erfolgreich Friedrichs Tätigkeit auch in Zukunft sein sollte, ist einem erstmalig erstellten, 94 Seiten umfassenden Verwaltungsbericht für die Jahre 1906 bis 1910 zu

entnehmen. Dieser Bericht, der im Februar 1911 erschien, bringt eine ausführliche Darstellung der gesamten Verwaltungstätigkeit und ist der beste Nachweis über die Arbeit, die Friedrich als Bürgermeister für St. Wendel geleistet hat. In ihm werden die damaligen Verhältnisse eingehend geschildert. Er ist eine wichtige Dokumentation über die Situation unserer Stadt zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Ohne auf Einzelheiten einzugehen sei erwähnt, daß der Bericht in 10 Abschnitte eingeteilt ist und zwar:

- I Geschichte der Stadt
- II Gebiet der Stadt, Bebauung und Bevölkerungsverhältnisse
- III Verfassung, Verwaltung, Vertretung, Justizwesen, Beamte
- IV Wirtschaftliche und Verkehrsverhältnisse
- V Vermögensverhältnisse, Schulden, Steuern
- VI Bauwesen und Bauverwaltung
- VII Gemeindeanlagen
- VIII Unterrichts-, Schul- und Kirchenwesen
- IX Polizei-, Militär- und Feuerlöschwesen
- X Armen- und Krankenwesen, Soziales

Wasser- und Gasversorgung¹⁶

Die seit dem Jahre 1883 von der Firma Joos & Co in Landau betriebene Wasserversorgung im Stadtgebiet von St. Wendel wurde 1906 von der Stadt übernommen. Nach längeren Verhandlungen ging das bisherige Wasserwerk nach einem Beschluss vom 15. Juni 1905 zum Preise von 158.500 Mark in den Besitz der Stadt über. Die Finanzierung erfolgte im Wege einer Anleihe. Dem Stadtbautechniker und späteren Stadtbaumeister Krekeler wurde die Leitung des Wasserwerkes übertragen. Jetzt wurde sofort damit begonnen, zwei Tiefbohrungen niederzubringen, die die Trinkwasserversorgung für die Stadt in den nächsten Jahren sicherstellen sollten. Die nächste Maßnahme war der Bau eines Maschinenhauses an der Wurzelbach in Oberlinxweiler im Jahre 1908 sowie die Versorgung der höhergelegenen Stadtteile und der Anschluss von Alsfassen und Breiten an die städtische Wasserleitung.

Die Gasversorgung wurde nach dem Tode von Karl Münster, der im Jahre 1889 das »Gaswerk Münster & Co, St. Wendel« errichtet hatte, zum Preise von 140.000 Mark käuflich erworben und die Leitung wieder dem Stadtbauamt übertragen. Die Übernahme fand laut Beschluss am 15. Juni 1909 statt. Die Finanzierung erfolgte wieder durch Aufnahme einer Anleihe. Die öffentliche Straßenbeleuchtung in der Stadt wurde damals ausschließlich mit Gaslaternen betrieben.

Schulsektor¹⁷

In der 25-jährigen Amtszeit von Bürgermeister Friedrich hat sich Dank seiner Initiativen viel getan, um die schulischen Verhältnisse unserer Stadt zu verbessern und deren Angebot auszubauen.

Höhere Töchterschule

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Februar 1902 wurde Ende 1902 eine Höhere Töchterschule gegründet und im Haus der Geschwister Jochem (Hildegardisheim) untergebracht. Es sollten Mädchen ab dem 10. Lebensjahr in die paritätische städtische Schule aufgenommen werden. Die Errichtung wurde als dringendes öffentliches Bedürfnis anerkannt. Die Schule - Höhere Töchterschule genannt - wurde 1924 wieder aufgelöst. Sie kann als Vorläuferin des Mädchenrealgymnasiums, des heutigen Cusanus-Gymnasiums, bezeichnet werden¹⁸.

Gewerbliche Fortbildungsschule

Auf Anregung der St. Wendeler Handwerkerschaft wurde im Mai 1905 durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26. August 1904 eine obligatorische gewerbliche Fortbildungsschule eröffnet. Sie sollte zur Verbesserung der Handwerker Ausbildung dienen. Die nebenamtliche Leitung übernahm der Rektor der Volksschule, Nikolaus Obertreis. Bereits am 3. Februar 1905 hatte die Stadt ein entsprechendes Ortsstatut erlassen, das alle Lehrlinge zum Besuch der Berufsschule verpflichtete. Die Schule wurde später im Dachgeschoss der Cäcilenschule untergebracht.

Ausbau des Progymnasiums zur Vollanstalt Am 19. April 1907 wurden dank der Bereitschaft der Stadt, alle Kosten zu übernehmen, die langjährigen Bemühungen belohnt und durch den zuständigen Minister der Ausbau des Progymnasiums zur Vollanstalt genehmigt. Die Schule führte fortan den Namen »Königliches Kronprinz-Friedrich-Wilhelm-Gymnasium zu St. Wendel«. Die Bemühungen der Stadt hatte auch der Oberpräsident der Rheinprovinz, der spätere Ehrenbürger Freiherr von Schorlemer, tatkräftig unterstützte¹⁹.

Für seine Verdienste um den Ausbau des Progymnasiums zur Vollanstalt wurde dem Bürgermeister im April 1910 der Königliche Kronenorden vierter Klasse verliehen.

Katholische Volksschule

Die ehemalige Magdalenenkapelle, in der seit dem Jahre 1803 die kath. Volksschule untergebracht war, genügte nicht mehr den schulischen Anforderungen. Auch die in den Jahren 1868/69 und 1878/79 in zwei Abschnitten erbaute Schloßplatzschule (neben der evgl. Kirche) reichte nicht aus, um einen ordnungsgemäßen Unterricht zu gewährleisten. Daraufhin beschlossen die Stadtverordneten auf Drängen der Schulaufsichtsbehörde am 31. Mai 1907 am Wassersack ein neues, acht Klassen umfassendes Schulhaus zu bauen. Es war ein stattlicher, im Stil der modernen Renaissance gehaltener Monumentalbau, wie anlässlich der Einweihung am 14. September 1909 im St. Wendeler Volksblatt²⁰ zu lesen war. Der Planer dieses Bauwerks, das heute noch voll in Funktion ist und das von dem Urweilerer Bauunternehmer Vollmann erstellt wurde, war der Leiter des Stadtbauamtes August Krekeler. In der Festsitzung zur Schuleinweihung wurde ihm als Anerkennung der Titel »Stadtbaumeister« verliehen.

Lehrerseminar mit Präparandenanstalt

Ostern 1911 trat das Lehrerseminar mit Präparandenanstalt ins Leben. Die Unterbringung erfolgte in der neuerbauten Volksschule, später Cäcilien Schule genannt. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Seminar in die Schlossplatzschule verlegt. Als in Preußen im Jahre 1924 die Lehrerseminare geschlossen wurden, war nach 13 Jahren auch das Ende des Seminars in St. Wendel gekommen.

Landwirtschaftsschule

Die Landwirtschaftsschule St. Wendels war als eine der ersten Schulen dieser Art in Preußen am 1. November 1869 gegründet worden. Die Schule, die in den ersten Jahren in verschiedenen Gebäuden der Stadt untergebracht war, konnte am 30. August 1913 einen schmucken Neubau an der Werschweilerstraße beziehen.

Verleihung des Ehrenbürgerrechts²¹

In einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten vom 6. Juli 1910 wurde beschlossen, den bisherigen Oberpräsidenten und jetzigen Staatsminister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Freiherrn von Schorlemer, in dankbarer Würdigung der großen Verdienste, die er sich um die Entwicklung St. Wendels erworben hatte, zum Ehrenbürger zu ernennen. Er hat sich u.a. für den Ausbau des Progymnasiums zur Vollanstalt, für den Umbau der Landwirtschaftsschule an der Werschweilerstraße, für den Neubau einer größeren Eisenbahnwerkstätte am Berzberg und für den Bau der Eisenbahnstrecke von St. Wendel über Oberthal nach Tholey eingesetzt. Die feierliche Verleihung des kunstvoll gestalteten Ehrenbürgerbriefes (der sich heute im Archiv der Verbandsgemeinde Bernkastel befindet) erfolgte in einer Festsitzung des Kreistages am 11. August 1910 auf Burg Lichtenberg, die damals noch zum Kreis St. Wendel gehörte.

Bürgermeister Friedrich, der selbst dem Kreistag angehörte, nahm im Beisein hoher Gäste und der beiden Stadtverordneten Jochem und Marzen die Ehrung vor. Freiherr von Schorlemer war nach dem Generalfeldmarschall Herwarth von Bittenfeld der zweite Ehrenbürger, dem diese hohe Auszeichnung zuteil wurde.

Eisenbahnwerkstätte

Von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Stadt war der Bau der neuen Eisenbahnhauptwerkstätte am Berzberg. Durch Vertrag hatte sich die Eisenbahnverwaltung im Jahre 1860 verpflichtet, eine Werkstätte für 150 Arbeitsplätze zu schaffen. Die am Bahnhof gebaute Werkstätte war nach über 50

Jahren zu klein geworden, weshalb eine Vergrößerung notwendig wurde. Da am Bahnhof kein Gelände mehr zur Verfügung stand, musste ein neuer Standort gefunden werden. So wurde in den Jahren 1913/15 am hinteren Berzberg ein neues Werk gebaut, wo insgesamt 500 Arbeitsplätze entstanden und das Wirtschaftsleben unserer Stadt einen neuen Auftrieb erhielt.

Kaiser-Wilhelm-Brunnen²²

Nachdem bereits seit dem Jahre 1884 auf dem Schlossplatz ein gußeisener Marktbrunnen, »Marktofen« genannt, gestanden hatte, beschlossen die Stadtverordneten am 3. Januar 1913, aus Anlass der Hundertjahrfeier der Befreiungskriege und des 25-jährigen Regierungsjubiläums des deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm II. einen neuen Brunnen auf dem Platz aufzustellen. Dieser sogenannte »Reichsadlerbrunnen« oder »Schlossplatzbrunnen« wurde von dem Saarbrücker Architekten Nobis und dem Bildhauer August Kuhn gestaltet und am 30. August 1913 feierlich eingeweiht. An den Kosten beteiligten sich neben der Stadt auch der Kreis und der Verschönerungsverein. Dieser aus behauenen Sandsteinen gefertigte Brunnen sollte zur Zierde des Schlossplatzes dienen. Nach dem Anschluss des Saargebietes an das Deutsche Reich im Jahre 1935 wurde er abgebrochen und im ehemaligen Arbeitsdienstlager an der Ostertalstraße aufgestellt. Dort fristet er noch heute unweit der Straße am Wendelsborn, ohne funktionsfähig zu sein, sein bescheidenes Dasein.

Bahnbau St. Wendel -Tholey

Nachdem sich schon Bürgermeister Müller (1869-1893) um den Bau der Eisenbahnstrecke von St. Wendel nach Tholey bemüht hatte²³, hat die Stadt u.a. durch kostenlose Bereitstellung des erforderlichen Grund und Bodens²⁴ den Bahnbau sehr gefördert. So konnte schließlich im Jahre 1915 der Bahnbetrieb in zwei Teilabschnitten eröffnet werden. Damit wurde ein besserer Anschluss des ländlichen Bereiches an die Kreisstadt geschaffen.

Straßen- und Kanalbaumaßnahmen, Kläranlage

Viele Straßen in der Stadt wurden in der Amtszeit Friedrichs verbessert, instandgesetzt und neu ausgebaut. Eine der wichtigsten Straßenbaumaßnahmen war der Ausbau des Kappespfades (Kappesbord), der Straße vom Schlossplatz bis zum heutigen Sozialpflegerischen Berufsschulzentrum. Diese innerstädtische Verbindungsstraße, bei der schwierige Grundstücksverhandlungen zu führen waren, wurde 1913 »Kaiserstraße« genannt. Die letzten Grundstücksverträge wurden noch in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts abgeschlossen.

Mit der Aufstellung eines einheitlichen Kanalprojektes für das Stadtgebiet wurde zunächst der Landmesser Wenneis beauftragt. Im Jahre 1904 wurde dann beschlossen, diese Aufgabe einer Spezialfirma, und zwar der Stadtreinigungsgesellschaft in Wiesbaden zu übertragen. Als im Mai 1905 das Kanalprojekt genehmigt worden war, wurde seine Verwirklichung tatkräftig in Angriff genommen und viele Straßen kanalisiert. Jetzt war es notwendig geworden, sich auch mit dem Bau einer zentralen Kläranlage zu befassen. Eine private Firma wurde mit der Ausarbeitung des Projektes für eine mechanische Kläranlage beauftragt. Nach Genehmigung der geplanten Anlage wurde bereits am 14. März 1914 beschlossen, die Kläranlage im Laufe des Sommers zu Ausführung zu bringen²⁵, was jedoch durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges verhindert wurde. Die Verwirklichung dieses wichtigen Bauvorhabens verzögerte sich auch nach dem Ende des Krieges. Sie kam erst im Jahre 1935/36 als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zur Ausführung²⁶.

Ende der Amtszeit

In der Mitte des letzten Jahres seiner zweiten Amtsperiode, und zwar am 17. Juni 1917, bat Friedrich die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, von einer Wiederwahl zu einer dritten Amtsperiode aus Gesundheitsgründen Abstand zu nehmen.

Nachdem man dieser Bitte entsprochen hatte, wurde weiter beschlossen, die frei werdende Stelle des Bürgermeisters erst nach dem Ende des Krieges auszuschreiben und neu zu besetzen. Mitte Dezember 1917 wurde dann Friedrich

mit Zustimmung des Regierungspräsidenten als Bürgermeister a. D. für die Dauer des Krieges weiter mit der Verwaltung der Stadt beauftragt. Erst am 15. November 1918, als der Krieg zu Ende war und ein Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat die Obrigkeit im Kreis St. Wendel übernommen hatte, wurde der Beschluss gefasst, die Bürgermeisterstelle sobald wie möglich wieder zu besetzen.

Nach erfolgter Ausschreibung wurde am 23. Dezember 1918 der neue Bürgermeister, Gerichtsassessor Heinrich Mettlich aus Bernkastel-Kues, gewählt, der schon am 1. Januar 1919 sein neues Amt antrat. Damit hatte die 25-jährige Tätigkeit von Karl Alfred Friedrich als Bürgermeister der Stadt St. Wendel ein Ende gefunden. Bereits am Ende der regulären Amtszeit war im Januar 1918 in der Zeitung²⁷ ein Bericht über die erfolgreiche Tätigkeit von Friedrich zu lesen.

Aber der Ruhestand sollte nicht lange dauern, da Friedrich schon bald die Verwaltung des Kreises übernehmen musste. Er, der bereits im März 1917 zum 1. Kreisdeputierten gewählt worden war, musste als Vertreter einspringen, da der letzte preußische Landrat Dr. Hermann Sommer nach nur zweijähriger Amtszeit von der französischen Besatzungsmacht des Landes verwiesen wurde. Sommer vermutete, daß Friedrich ihn bei den Franzosen in ein ungünstiges Licht gestellt hatte, da er selbst an dem Landratsposten interessiert gewesen sei²⁸.

Nachdem der Kreis St. Wendel durch die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages geteilt und auf ein Drittel seiner Größe mit 30.000 Einwohner geschrumpft war, wurde der langjährige St. Wendeler Bürgermeister 1920 zum neuen Landrat ernannt. Er hat dieses Amt bis August 1929 verwaltet, um dann endgültig in den Ruhestand zu treten. Friedrich, der seinen Ruhestand zeitweise in Wiesbaden verbrachte, ist am 13. August 1952 im Alter von 84 Jahren verstorben. Die Zeitungen²⁹ berichten, daß er sich als Bürgermeister (25 Jahre) und als Landrat (10 Jahre) außerordentliche Verdienste erworben habe. Seine Leistungen für die Stadt wurden in vorstehendem Beitrag dargestellt, für den Kreis hat er u. a. mit Schwung die Elektrifizierung betrieben und den Neubau der Kreissparkasse in der Bahnhofstraße in die Wege geleitet.

Durch seine im Anfang seiner Bürgermeistertätigkeit im Jahre 1895 erfolgte Heirat mit Amalie, geborene Marschall, war Friedrich eng mit der Tabakfabrik gleichen Namens verbunden. Die positive Entwicklung dieser Firma war nicht zuletzt seinem Einfluss zu verdanken.

Unser Heimatforscher Nikolaus Obertreis, der ab Oktober 1904 als Rektor der Volksschule in St. Wendel wirkte, daher aus eigenem Erleben Friedrichs Tätigkeit beurteilen konnte, hat vermerkt, daß die Stadt mit Friedrich einen neuen Aufschwung genommen habe.³⁰

Hier sei auch noch erwähnt, daß Friedrich viele Jahre als stellvertretender Vorsitzender des Zweigvereins vom Roten Kreuz (DRK-Kreisverband) und als Kassierer und Kassenverwalter des Vaterländischen Frauenvereins fungiert hat. Für seine Verdienste wurde ihm 1917 die Rote Kreuzmedaille dritter Klasse verliehen. Ebenso wurde er im Dezember 1917 mit dem Verdienstkreuz für Kriegshilfe ausgezeichnet. Von kirchlicher Seite wurde er 1917 mit dem päpstlichen Orden »Pro Ecclesia et Pontifice« geehrt. Das Tragen dieses Ordens war ihm durch königlichen Erlass gestattet worden.

Bereits nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst der Stadt St. Wendel im Jahre 1919 wurde ihm eine besondere Ehre zuteil. Die Zufahrtsstraße zur heutigen Nikolaus-Obertreis-Schule wurde in Alfred-Friedrich-Straße umbenannt³¹. Diese Namensgebung musste jedoch 1946 auf Anweisung des Regierungspräsidiums abgeändert werden, da Straßenbezeichnungen nach Lebenden aufzuheben waren. Nach seinem Tode wurde durch Stadtratsbeschluss vom 16. Dezember 1952 eine Straße im damaligen Neubaugebiet am Wassersack, beginnend an der Werschweilerstraße, »Alfred-Friedrich-Straße« benannt.

Anmerkungen:

- 1) Beschlussbuch der Stadt St. Wendel, S. 100
- 2) Max Müller, Die Geschichte der Stadt St. Wendel, 1927, S. 396
- 3) Ebd., S. 281
- 4) Franz f. Gräff, Wie der Langenfelder Hof in den Besitz der Steyler Missionsgesellschaft kam, in Heimatbuch des Landkreises St. Wendel, XXIV 1991/1992, S. 126-128
- 5) Ebd., S. 128
- 6) wie Anm. 2, S. 465 f.
- 7) Bericht der Stadt St. Wendel über fünfjährige Verwaltung 1906 bis 1910, S. 69, Stadtarchiv St. Wendel
- 8) Franz J. Gräff, Beziehungen zwischen Missionsbaus und Stadt St. Wendel in: Werner Prawdzik SVD (Hrsg.), 100 Jahre Missionsbaus St. Wendel, 1898-1998, Bd. 2, S. 147-160, Nettetal: Steyler Verlag 2000
- 9) Verwaltungsbericht des Kreises St. Wendel für die Jahre 1859 bis 1861, S. 103, Stadtarchiv
- 10) wie Anm. 2, S. 461
- 11) Franz J. Gräff, Baumeister August Krekeler, in: Heimatbuch des Landkreises St. Wendel XXIII, 1989/1990, S. 109-116
- 12) St. Wendeler 1 Volksblatt vom 27. März 1906
- 13) Festschrift des neuen Marienkrankenhauses am Hirschberg, St. Wendel 1988, S. 13
- 14) Beschlussbuch der Stadt St. Wendel, ohne Seitenangabe

- 15) wie Anm. 7, Stadtarchiv St. Wendel
- 16) Johann Philippi, Die Geschichte der Stadtwerke St. Wendel, 1993
- 17) Theobald Edelbluth, Geschichte der Schulen der Stadt St. Wendel. Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens des Gymnasiums, St. Wendel 1924, darin bes. S. 174-179, 201-204, 95 f., 231-236, 141 ff., 191-196
- 18) F. J. Denis, St. Wendel eine Schulstadt in: 650 Jahre St. Wendel, 1982, S. 99
- 19) Raimund Fuchs, Die Ehrenbürger unserer Stadt St. Wendel, St. Wendel 1984, S. 1520) St. Wendeler Volksblatt vom 14. Oktober 1909
- 21) Nahe-Blies-Zeitung vom 19. Juli 1910 und 16. August 1910
- 22) Nikolaus Obertreis, Stadt und Land des hl. Wendalin, St. Wendel 1927, S. 89
- 23) F. J. Gräff, Bürgermeister Carl Aug. Th. Müller, in: Heimatbuch des Landkreises St. Wendel, XXVIII, 1999/2000 S. 107
- 24) wie Anm. 1, Beschlüsse vom 15. März 1899, 18. Juni 1909, 28. Oktober 1910 und vom 31. Oktober 1912, ohne Seitenangabe
- 25) wie Anm. 1, ohne Seitenangabe
- 26) St. Wendeler Volksblatt vom 09. 03. 1935 und 01. 04. 1936
- 27) Nahe-Blies-Zeitung vom 12. Januar 1918
- 28) Vgl. Lebenserinnerungen des Hermann Sommer, in: Heimatbuch des Landkreises St. Wendel, XXIII, 1989/1990, S. 117
- 29) Saarländische Volkszeitung vom 14. August 1952 und Saarbrücker Zeitung vom 16. August 1952
- 30) wie Anm. 22, S. 291
- 31) Rudolf Kretschmer, Geschichte der Stadt St. Wendel, St. Wendel 1986, S. 720
- 32) Ebd. S. 732

Vofale Nachrichten.

St. Wendel, den 11. Januar 1917.

Am 7. Januar d. J. waren 24 Jahre verflossen, feit Herr Stadtbürgermeister Karl Alfred Friedrich an die Spitze unserer Stadtverwaltung geftellt wurde. Troßdem er an diefem Tage offiziell in den Ruheftand getreten, will er doch in hochherziger Weife die Gefchäfte der Stadtverwaltung bis zum Ende des Krieges weiterführen, fo daß vorerft von einer Neubefetzung der erledigten Stelle Abstand genommen werden konnte. Eine Amtsperiode voll Erfolgen, denen auch die äußere Anerkennung nicht verfaßt geblieben, und in der fich ein gut Teil der neueren Entwicklung der Stadt St. Wendel widerfpiegelt, ift damit vollendet worden; in der Gefchichte der Stadt wird die Erinnerung daran aber immerdar lebendig bleiben. Verknüpfen fich doch alle Fortfchritte, die St. Wendel in den letzten 24 Jahren gemacht, mit feinem Wirken. Ift es auch nicht möglich aller Verdienfte zu gedenken, die fich Herr Stadtbürgermeister a. D. Friedrich in diefer langen Zeit erworben, fo möchten wir doch einige herausgreifen. Unter feiner Verwaltung und dank feiner Initiative wurde unfer ganzes Wirtschaftsleben gehoben und nur Wenige wiffen, mit welcher großen Anftrengungen die Erftrebung und Erreichung diefes Zieles verbunden war. Wir erinnern hier nur an den Aufbau des Gas- und Wasserwerks, wie auch an den Neubau der Bahnftrecke St. Wendel-Tholey. Die Schlachthofanlagen, wie auch die Verfchönerung des Straßenbildes durch Anlage der Bürgerfteige und der moderniften Straßenbeleuchtung und Kanalisation find ebenfalls Zeichen feines nimmermüden Wirkens. Auch die Errichtung von drei großen markanten Bauwerken, die fchon allein äußerlich eine ganz hervorragende Zierde unferer Stadt darftellen, wurden mit allen ihm zu Gebote ftehenden Mitteln unterftützt und zur fchönen Vollendung gebracht; wir denken dabei an das Marienkrankenhaus, das neue Schulgebäude an der Cecilienftraße und an das katholifche Waisenhaus. Auch die Errichtung des katholifchen Lehrerseminars und der Präparandie geht zumeift auf ihn zurück. Als gewandter Finanzmann hat er es verstanden, für feine Stadt in nicht zu unterfchätzender Weife zu forgen und die Bilanzen derfelben haben feinem Wirken und feinen Taten ein bleibendes Denkmal gefetzt. Im Verkehr mit dem Publikum war Herr Stadtbürger-

meister Friedrich immer hilfsbereit und viele Bürger werden ihm flets dankbar bleiben; auch brachte er fchon vor dem Kriege der Heimatpreffe größtes Verständnis entgegen, was nicht gerade überall der Fall fein foll. Den Beamten feiner Verwaltung war er ein gerechter und wohlgefinnter Vorgefehter. Durch eine ganze Reihe Ehrenämter und Vertrauensposten wurde er ausgezeichnet; fo wählte man ihn noch voriges Jahr zum Kreisdeputierten unferes Kreifes. Der Weltkrieg brachte 1914 neue und schwere Aufgaben für unfer Vaterland und damit auch für unsere Stadt. Wir erinnern nur an die großen Einquartierungen und die fich immer schwerer geftaltende Lebensmittelverforgung der Bevölkerung. Welch eine Summe von Arbeit und Opferwilligkeit dazu nötig ift, läßt fich nicht mit Worten fagen. Für all dies erfprießliche, nur auf das Wohl der ihm anvertrauten Verwaltung hinielende Wirken, blieben felbftverständlich auch äußere Zeichen, daß man auch höheren Orts feine Verdienfte anerkannte, nicht aus. U. a. wurde er mit dem päpstlichen Orden Pro ecclesia et pontifice, dem Roten Adlerorden, dem Kronenorden IV. Klasse, dem Verdienstkreuz für Kriegshilfe und dem Feuerwehrereinerungszeichen ausgezeichnet. Wenn nun Herr Stadtbürgermeister Friedrich auch fein Amt als Stadtoberhaupt niederlegt, fo hat die dankbare Bevölkerung der Stadt doch die Freude, ihn auch fernerhin mit einem Teil feines Herzens und feiner Interessen hierbleiben zu fehen. Als Mitinhaber der Tabakfabrik Em. Marfchall bleibt er mit St. Wendel verbunden. Außerdem verknüpfen ihn mit unferm Ort verwandtschaftliche Bande; hat er fich doch einst feine Lebensgefährtin aus der Stadt, der er 24 Jahre lang feine befe Kraft geopfert hat, gewählt. Mögen nach diefem erfolgreichen Wirken unferm verehrten Herrn Stadtbürgermeister noch viele ruhige und glückliche Jahre im Kreife feiner Familie befchieden fein.